Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Wilhelmshavener Tageblatt. 1909-1929
1919

24 (29.1.1919)

urn:nbn:de:gbv:45:1-407401

Visual Library

Wilhelmshavener Tageblatt

Bezugspreis. Das „Wilhelmshavener Tageblatt" erscheint an jedem Werktag nachmittags. — Der Bezugspreis beträgt bei der Post: vierteljährlich Mk. 5.25, monatlich Mk. 1.75 — ohne Zustellungsgebühr —, bei der Geschäftsstelle (Kronprinzenstraße Nr. 22) Mk. 5.25 bezw. 1.75 frei ins Haus.

Amtlicher Anzeiger

Anzeigen. Preis für die einspaltige Zeile oder deren Raum für hiesige Auftraggeber 50 Pf., für auswärtige 50 Pf., im Reklameteile 1 Mk. — Anzeigen nehmen entgegen die Geschäftsstelle, unsere Annahmestellen und alle auswärt Annoncen-Expeditionen. Fernsprecher: Schriftleitung Nr. 1160, Geschäftsstelle Nr. 16.

Tageszeitung für Wilhelmshaven-Rüstringen sowie Oldenburg-Ostfriesland. Veröffentlichungsblatt der Marine- und Zivil-Behörden

Anzeigen-Annahmestellen: Robert Jockusch, Göterstraße 50, Otto Brockmüller, Müllerstraße 49, Johann Fangmann, Marktstraße 3, G. Frier, Göterstraße 85, Progreis Keil, Wilhelmshavenerstraße 82 für Aufnahmen von Anzeigen an bestimmten Tagen und Plätzen, sowie für telephonische Gespräche keine Gewähr. — Bei gerichtlicher Einziehung der Anzeigenkosten und bei Zahlungseinstellung wird der volle Betrag berechnet

№ 24. Mittwoch, 29. Januar 1919. 45. Jahrgang.

Nächtliche Straßenkämpfe in Wilhelmshaven.

Der Bürgerkrieg in Wilhelmshaven.

Wie bereits kurz mitgeteilt, wurde gestern das Standrecht über die Jadestädte verhängt. Gleichzeitig wurde nach dem Muster von Cuxhaven und Bremen die kommunistische Republik — ausgerechnet am Geburtstag des Kaisers — ausgerufen, die aber dort bereits infolge des energischen Vorgehens der Post- und Telegraphenbeamten schon wieder beseitigt ist. Die kommunistische Regierung begann ihre Tätigkeit in aller Frühe mit der Besetzung des Bahnhofes, des Postamtes, der Reichsbank und der Sparkasse. Später wurde dann folgendes Flugblatt verbreitet: „Wir die Soldaten! Das Alte stürzt, und neue Leben blüht aus den Ruinen. Kameraden, das war unsere Hoffnung bei der Novemberrevolution. Aber die Berliner Regierung hat unsere Hoffnungen schmählich getäuscht; sie hat sich mit dem Kapitalismus verbrüdert, um uns das alte Joch, das Joch des Militarismus, wieder aufzuzwingen. Die Offiziere, die sich in den Tagen nach dem 6. November aus Furcht vor der verdienten Strafe für die schmähliche Behandlung der Soldaten vor und in dem Kriege feige verkrochen hatten, sind daran, uns den so verhaßten alten Drill, den Grußzwang, die Arreststrafen, das Nachexerzieren, das Kaschoverbrecht usw. wieder aufzuzwingen. Wir haben die Offiziere zu nobel behandelt in der Novemberrevolution; jetzt erkennen wir, wie sie uns danken. Sogar in neue Kriege wollen sie uns gegen Deutsche Soldaten jetzen, im Kampf gegen ihre russischen Brüder ihr Leben dahingeben, nur um den Kapitalisten ihr blutbeflecktes Kapital, die Quelle aller Knechtschaft und Kriege, zu retten. Wir wollen keinen neuen Krieg zwischen den Völkern der Erde; wir wollen nur den Kampf gegen die Unterdrücker der Menschheit, gegen die Kriegshetzer, gegen die Kapitalisten und gegen ihre Handlanger, die Offiziere. Erhebt die Waffen gegen diese unsere wahren und einzigen Feinde. Auf zum Kampf für die Freiheit des Proletariats, für die glückliche Zukunft der Menschheit. Bock. Willand. Jörn. Kliner. Schneider." Gleichzeitig veröffentlichten die Kommunisten folgende „Verordnung": I. „Wilhelmshaven wird hiermit als sozialistische Räte-Republik erklärt. 2. Die Ordnungsgewalt in Wilhelmshaven wird bis auf weiteres ausgeübt durch das Revolutionäre Komitee. 3. Den Anordnungen des Revolutionären Komitees ist unweigerlich Folge zu leisten. 4. Jede Widersetzlichkeit gegen das Revolutionäre Komitee wird auf das schärfste bestraft. 5. Plünderer werden standrechtlich abgeurteilt. II. 1. Ueber den Machtbereich der sozialistischen Räte-Republik Wilhelmshaven ist das Standrecht verhängt. 2. Alle Beamten und Angestellten haben bis auf weiteres in ihren Aemtern zu verbleiben. 3. Personen, die nicht im Besitze eines Waffenscheines vom Revolutionären Komitee sind, haben ihre Waffen bis Dienstag mittag 12 Uhr in der Kaserne der 2. Werftdivision abzuliefern. 4. Die Polizeistunde wird auf 9 Uhr festgesetzt. 5. Das Alkoholverbot bleibt bis auf weiteres bestehen. III. Die im Machtbereich der sozialistischen Räte-Republik Wilhelmshaven garnisonierenden Truppenkörper sind hiermit aufgelöst zu betrachten. 2. An Stelle der alten militärischen Körperschaft tritt als neue Wehrmacht der sozialistischen Räte-Republik Wilhelmshaven die Rote Garde. 3. Die Soldaten der Roten Garde erhalten Tagegelder in der Höhe von 10 Mark für den Unverheirateten und 12 Mark für den Verheirateten, sowie volle Verpflegung. 4. Anmeldung täglich von 9—12 Uhr in der Fechthalle im Park. — Als diese Verordnung erschien, waren an einigen Straßen Maschinengewehre aufgestellt, die aber später wieder entfernt wurden. Auch das Offizierkasino, in dem der A.- und S.-Rat tagte, war besetzt worden, offenbar in der Absicht, den A.- und S.-Rat zu entfernen und durch einen kommunistischen zu ersetzen. Zwischen den A.- und S.-Räten und den Kommunisten fanden lange Verhandlungen statt, die, wie verlautet, mit einem vorläufigen Vergleich endeten. Die Bürgerschaft ist von dem ihr am Geburtstage des früheren Kaisers zuteil gewordenen Geschenk d. kommunistischen Herrschaft nicht sonderlich erbaut und wird sich durch einen Generalstreik gegen sie auflehnen. Die gemäßigten Sozialdemokraten stehen dieser ganzen Angelegenheit vollkommen fern, wie aus folgender Notiz der „Republik" hervorgeht: „Ein neuer Putsch! Heute morgen wurden durch kommunistische Soldaten eine Reihe der hiesigen öffentlichen Gebäude besetzt, darunter auch die Bahn und die Post, so daß der Verkehr völlig gesperrt ist. Es versteht sich von selbst, daß unsere Partei mit diesen Dingen nicht das geringste zu tun hat und sie auch nicht billigt. Da man nicht weiß, wie sich die Vorgänge entwickeln, raten wir besonders, die Kinder von den Straßen fernzuhalten." — Die Eisenbahner haben folgende Erklärung erlassen: „Infolge widerrechtlichen Eingriffs durch Spartakisten wurde heute früh der Zugverkehr unterbrochen. Als Protest dagegen haben wir uns entschlossen, den Betrieb bis auf weiteres einzustellen. — Wir stehen geschlossen hinter der jetzigen Regierung, fordern den Zusammentritt der Nationalversammlung, verbitten uns aber jegliche Einmischung Unberechtigter in unseren Kreis. Sämtliche Eisenbahner."

* * *

Der bisherige Verlauf der Revolution in den Jadestädten hatte zu der Hoffnung Veranlassung gegeben, daß es gelingen werde, den Uebergang aus der alten in die staatliche Ordnung ohne Blutvergießen zu vollziehen. Diese Hoffnung ist leider nicht in Erfüllung gegangen. In der letzten Nacht ist es auch hier zu blutigen Straßenkämpfen gekommen, die Menschenleben gefordert haben. Veranlassung zu diesen Kämpfen haben wie in anderen Städten die Kommunisten gegeben, verblendete Menschen, die in dem Irrwahn leben, die Glückseligkeit der Menschheit könne durch Raub, Diebstahl, Bürgerkrieg, Straßenkampf, Gewaltherrschaft und Brudermord erreicht werden. Die Bürgerschaft hat sich überall die Torheiten der Kommunisten gefallen lassen, so lange es sich um theoretische Erörterungen handelte. Sobald jedoch die Kommunisten dazu übergingen, ihre wahnwitzigen Ideen in die Tat umzusetzen, d. h. mit Waffengewalt gegen ruhige Bürger vorgingen, wurde ihnen auch von Seiten der in der Notwehr befindlichen Bürgerschaft oder von den zu ihrem Schutz herbeigerufenen Berufssoldaten mit Waffengewalt begegnet. So geschah es in Berlin, Bremen und Cuxhaven, und so ist es auch hier gestern und in der verflossenen Nacht gewesen. Die Kommunisten haben gestern abend 7 Uhr, nachdem bereits eine Einigung zwischen ihnen und dem A.- und S.-Rat herbeigeführt war, auf den mit Seesoldaten besetzten Kraftwagen, der dazu bestimmt war, das der Reichsbank entwendete und in den Räumen der Kaserne verborgen gehaltene Geld seinem rechtmäßigen Eigentümer wieder zuzustellen, geschossen und eröffneten damit das Gefecht. Die Abgabe der Schüsse auf die Seesoldaten rief große Erbitterung in den Reihen der Berufssoldaten hervor, die nunmehr schnell zum Kampf aufgerufen, die Umgebung der Tausendmann-Kaserne besetzten. Sie waren schnell mit Gewehren bewaffnet worden und ließen auch Maschinengewehre und 6 Ztm.-Bootskanonen auffahren. Dann begann gegen 9 Uhr eine regelrechte Belagerung der Kaserne, von der aus das Feuer erwidert wurde. Signalraketen dienten zur Aufhellung des Schießgeländes, das lange vorher nach allen Seiten abgesperrt war. Das Feuergefecht, durch das die gesamte Bürgerschaft erschreckt und in hochgradige Erregung versetzt wurde, dauerte bis nach 2 Uhr und endete mit der völligen Unterwerfung der Kommunisten. Sie haben, wie schon erwähnt, Veranlassung zum Beginn der Straßenkämpfe gegeben. Als Anstifter der hiesigen Unruhen kommt wohl in erster Linie der ehemalige Bremer Lehrer Jörn in Frage. Er war, nachdem die Kommunistenherrlichkeit in Bremen ein schnelles Ende gefunden hatte, hierher gekommen, um uns mit dem Heil der Kommunisten-Wirtschaft zu beglücken. Er verband sich schnell mit den hiesigen Führern der Kommunisten, die mit der Absicht umgingen, bereits am Sonntag nachmittag 5 Uhr die kommunistische Republik auszurufen. Da die Vorbereitungen indessen noch nicht erledigt waren, wurde der Handstreich bis zum Montag morgen verschoben. Um 4 Uhr begaben sich die Rädelsführer der Kommunisten zum Bahnhof, besetzten ihn und entfernten das Personal, dem sie die weitere Arbeit verboten. Damit wurde der Bahnverkehr lahmgelegt und die Ankunft auswärtiger Hilfe unmöglich gemacht. Gegen 5 Uhr wurde auch das Telegraphenamt mit Hilfe eines Polen besetzt, der sich unter dem Deckmantel eines Hilfsbeamten eingeschlichen hatte. Eine Abordnung der Kommunisten begab sich nach der Druckerei des „Wilh. Tagebl." und kündigte zwischen 5 und 6 Uhr morgens an, die Druckerei werde von den Kommunisten besetzt und die Herausgabe des „Wilh. Tagebl." verhindert werden. Mit Tagesanbruch wurden dann vom revolutionären Komitee (Bock, Jörn, Kliner, Willand, Ernst Schneider usw.), das in einem Kraftwagen mit roter Fahne über die Straßen sauste, die öffentlicher Gebäude, vor allem die Post, Kasernen, Reichsbank und Stationskasse, besetzt. In der Reichsbank erzwangen die Eindringlinge mit Waffengewalt die Herausgabe einer größeren Geldsumme, wie verlautet 1 Million Mark. Dieser Schatz wurde in einem bereitstehenden Kraftwagen verfrachtet und zur Tausendmann-Kaserne überführt.

Nachdem das Geld in Sicherheit gebracht war, dessen man in Bremen sehr notwendig bedurfte, wurde unter gleichzeitiger Verteilung der oben erwähnten Flugblätter das Standrecht über Wilhelmshaven-Rüstringen verhängt und die kommunistische Republik ausgerufen. Alsdann begaben sich die Führer der Kommunisten in das Hauptquartier des A.- und S.-Rates, in das frühere Offizierkasino, um dort mit dem A.- und S.-Rat zu verhandeln. Die Verhandlungen zogen sich sehr in die Länge und endeten erst am späten Nachmittag mit einer Einigung, demzufolge der A.- und S.-Rat beseitigt bleibt. Die Kommunisten nehmen alle ihre Verordnungen und Bekanntmachungen, sowie die Ausrufung der kommunistischen Republik zurück mit der Verpflichtung, das der Reichsbankstelle widerrechtlich entnommene Geld sofort zurück zu erstatten. Die Erfüllung dieser Forderung ließ sich allerdings nicht ohne weiteres durchführen, da die Räuber scheinbar die Teilung des Raubes vorgenommen hatten. Wie verlautet, wurde ein Teil des Geldes im Automobil nach Bremen entsandt, unterwegs aber angehalten, ein Teil wurde bei einer Gefährtin Luschen aufgefunden, welchen die Kommunisten für ihre Dienste angeworben hatten, endlich fand man auch eine größere Summe in einem öffentlichen Hause.

Als nun ein mit Seesoldaten besetzter Kraftwagen gegen 7 Uhr nach der Kaserne fuhr, um das der Reichsbank gehörige Geld, welches inzwischen zum größten Teil dieser wieder zugestellt ist, abzuholen, wurde es beschossen, worauf sich ein Feuergefecht entspann.

Während sich die Verhandlungen im Kasino abspielten, sammelte sich vor diesem eine große Menschenmenge, die lebhaft Kuhnts Absetzung forderte. Präsident Kuhnt zeigte sich mehrmals und hielt beruhigende Ansprachen an die Menge.

Im Verlauf des Gefechts hatte die Leitung der Berufssoldaten mehrfach mit Norderney und Oldenburg in Verbindung gestanden, um von dort nötigenfalls Hilfstruppe heranzuziehen. Zur Auflehnung gegen die Herrschaft der Kommunisten hatte die Bürgerschaft, wie schon erwähnt, für heute einen Proteststreik geplant. Infolgedessen gab es gestern nachmittag kein Wasser. Bahn-, Post- und Telegraphenverkehr ruhte gestern und heute fast vollständig. Infolgedessen fehlen uns heute neuere Nachrichten, da die auswärtigen Zeitungen ausgeblieben und telegraphische Mitteilungen nicht zu erreichen sind.

Die Bewaffnung der Berufssoldaten, die zunächst dazu berufen sind, die ruhigen Bürger gegen räuberische Ueberfälle der Kommunisten, wie sie gegen die Reichsbank verübt worden sind, zu schützen, hat bei der bewaffneten Arbeiterschaft Mißstimmung erregt, sodaß diese heute eine drohende Haltung einnahm und auch auf dem Wilhelmsplatz einen Schuß abgab. Jedenfalls erscheint eine Bewaffnung der Berufssoldaten dringend nötig. Wenn die Arbeiter bewaffnet werden, so muß auch die Bewaffnung der Berufssoldaten zum Schutz der Bürger gefordert werden.

Im ganzen wurden in der belagerten Kaserne über 600 Personen, meist Kommunisten, verhaftet. Unter ihnen befand sich auch eine Schwester des roten Kreuzes, die morgens ihren Bräutigam in der Kaserne besucht hatte.

Heute morgen wurde auf dem Wilhelmsplatz, in der Markt- und Adalbertstraße geschossen. Mehrere Verwundete wurden in das Lazarett eingebracht

* * *

Von einem Augenzeugen des Straßengefechtes wird uns berichtet: Die Herrlichkeit der sozialistischen Räterepublik in Wilhelmshaven war nicht von langer Dauer. Nachdem schon im Laufe des gestrigen Nachmittags und Abends vor dem Offizierkasino sehr lebhafte Demonstrationen des Bürgertums gegen den 21er Rat und Spartakus stattgefunden hatten, es zu einer Einigung aber nicht kam, bewaffneten sich die Berufssoldaten, um endlich einmal dem Bürgertum die so notwendige Ruhe zu verschaffen. Das Bürgertum und die Berufssoldaten gaben sich mit den Erklärungen des 21er Rates nicht zufrieden und verlangten in stürmischer Weise Rückgab. des bei der Reichsbank gestohlenen Geldes, Beseitigung von Mitgliedern des 21er Rates und restlose Aushebung der Spartakistennester. Die Forderung wurde allerdings vom 21er Rat zugesagt, da er aber anscheinend nicht die Macht dazu hatte, nahmen die Berufssoldaten selbst die Erledigung dieser Angelegenheit in die Hand. Die Rückgabe des Geldes scheiterte um 7 Uhr an dem Widerstand der Spartakisten. Die vom 21er Rat abgesandten Seesoldaten wurden vor der Kaserne der Spartakisten mit Gewehrschüssen empfangen und kamen vorläufig nichts ausrichten. Die Bewaffnung der Berufssoldaten ging nun mit außerordentlicher Schnelligkeit vor sich. Um 9 Uhr war die Kaserne der Spartakisten (Tausendmannkaserne in der Moltkestr.) schon eingeschlossen. Bootskanonen waren auf dem Zeughof und dem Artilleriedepot aufgestellt und alle Maßnahmen zu einer regelrechten Belagerung der Kaserne getroffen. Ungefähr um 10 Uhr wurde ein Führer der Spartakisten, der verhandeln wollte, in Kassenzimmer des Artilleriedepots festgesetzt, da sich die Berufssoldaten zu keinen Verhandlungen herbeilassen wollten. Sie verlangten bedingungslose Uebergabe der Insassen der Kaserne. Zu gleicher Zeit wurde durch ein Mitglied des 21er Rates die Herausgabe des Geldes auf gütlichem Wege herbeigeführt und dasselbe zur Reichsbank geschafft. Wieviel daran fehlte, war zur Stunde nicht bekannt. Um 10.30 Uhr wurden aus der Kaserne Schüsse abgegeben, worauf eine lebhafte Schießerei der Berufssoldaten mit Gewehren und 6-Ztm.-Geschützen einsetzte. Um 12 Uhr trat eine Gefechtspause ein, da die Spartakisten wiederum verhandeln wollten. Die Verhandlungen scheiterten abermals, da die Berufssoldaten auf unbedingte Uebergabe bestanden und sich auf weitere Verhandlungen nicht einließen. Die Spartakisten erklärten nun, bis zum letzten Mann kämpfen zu wollen. Im weiteren Verlauf des Gefechtes schaffte man 12,5-Ztm.-Geschütze herbei, um die Kaserne eher stürmreif zu machen. Sie traten aber nicht mehr in Tätigkeit. Die gegenseitige Beschießung dauerte ungefähr bis 2 Uhr nachts. Um diese Zeit kam ein Führer der Spartakisten aus der Kaserne und erklärte, daß die Insassen sich ergeben wollten. Nachdem ihm gesagt war, daß die Spartakisten ohne Waffen aus der Kaserne heraustreten könnten, erfolgte die Uebergabe. Die Spartakisten wurden auf der Straße vor der Kaserne unter starker Bedeckung aufgestellt und nachdem zur Kaserne des Seebataillons geführt, wo sie festgesetzt wurden. Die Führer wurden in Arrest-Lokale überbracht. Während der Gefangennahme der Spartakisten wurde die Kaserne von den Berufssoldaten vollständig abgeschlossen und durchsucht. Wer sich noch in der Kaserne befand, wurde ebenfalls festgenommen und abgeführt, sodaß wohl anzunehmen ist, daß die Spartakisten in der Kaserne sich restlos in den Händen der Berufssoldaten befinden. Leider ist dieser blutige Straßenkampf nicht ohne Opfer an Menschenleben geblieben. Wie verlautet, sollen 7 Personen getötet sein und zwar 2 Berufssoldaten und 5 Kommunisten. Die Zahl der Verwundeten wurde auf 20 angegeben. Mit der Niederführung des Gefangenen erreichte der nächtliche Straßenkampf, der hoffentlich der letzte bleiben wird, sein Ende. ag

* * *

Das Mitglied des 21er Rates Herr Joseph Schneider bittet uns um die Mitteilung, daß er nicht der Kommunistenpartei angehört, sondern Sozialist sei. Der kommunistischen Partei gehört Herr Ernst Schneider an.

Landesbibliothek Oldenburg

Deutsches Reich.

Staatssekretär von Brockdorff-Rantzau über die letzte Rede Clemenceaus und Poincares.

Berlin, 28. Januar. Der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Graf Brockdorff-Rantzau empfing vorgestern die hier anwesenden Berichterstatter ausländischer Zeitungen und hielt folgende Ansprache: „Ich habe Sie hierher bitten lassen, weil mir daran liegt, die persönliche Fühlung mit Ihnen sobald wie möglich aufzunehmen und Sie in absehbarer Zeit einzeln zu empfangen. Wenn ich auch die Herren der Presse derjenigen Länder, mit denen wir noch nicht wieder in normalen Beziehungen stehen, ersucht habe, sich hier einzufinden, so bitte ich dieses nicht mißzuverstehen. Ich weiß wohl, daß der Waffenstillstand theoretisch eine Form des Kriegszustandes ist. General Foch hat denn auch bei den Waffenstillstandsverhandlungen erneut darauf hingewiesen, daß die Völker hüben und drüben sich noch als Feinde gegenüberstehen. Ich bin kein General. Wer wie ich eine aufrichtige Verständigung anstrebt, dem kann es nicht dienen, bei jeder Gelegenheit formalistisch die Gegensätze zu unterstreichen. Wir müssen versuchen, menschlich auf die Dinge zu sehen und uns über die Grundlage zu verständigen, auf der später wieder ein friedlicher Verkehr erwachsen soll. Meine erste Aufgabe an dieser Stelle wird es sein, daran mitzuwirken, daß die Neuordnung der Welt, die auf den größten aller Kriege folgen wird, sich auf einen Frieden des Rechts aufbaut. Das ist der wahre Begriff des Sieges der Gerechtigkeit. Die Gerechtigkeit ist ein zu erhabener und tiefer Gedanke, als daß wir uns damit begnügen dürfen, ihn allein auf die Vergangenheit zu beziehen. Nur der hat das Recht als weiser Richter über die Fehler der Vergangenheit zu urteilen, der in sich Berufung, Kraft und Ueberzeugung fühlt, der Zukunft eine Unterlage zu geben, die von Irrungen und Ungerechtigkeit frei ist. Ich will offen zu Ihnen sprechen, ich habe nur widerwillig die letzten Reden der französischen Staatsmänner bei der Eröffnung der Friedensbesprechungen zur Kenntnis genommen. Es ist mir kaum möglich, zu fassen, wie die Herren Clemenceau und Poincare von dem Siege der Gerechtigkeit sprechen können, nachdem Clemenceau noch vor einigen Tagen bekannt hat, er sei ein Anhänger des alten Systems in der Politik, dieses alten Systems der Allianzen und jenes fragwürdigen europäischen Gleichgewichts, das mehr als irgendeine einzelne Person die Schuld für das in den letzten vier Jahren vergossene Blut trägt. Gegen eine solche Sinnesart mit einer Sintflut von Papier zu arbeiten, hat wahrlich keinen Zweck. Aber wir sind gerade im Interesse der Gerechtigkeit dazu verpflichtet, stets wieder auf die wahren Verhältnisse in Deutschland hinzuweisen, damit uns die Geschichte nicht vorwerfen kann, wir hätten nicht genug für einen rechtlichen Abschluß der Feindseligkeiten getan, und hätten versäumt, gegenüber Forderungen, die sich als rücksichtslose Gewalt darstellen, auf den wahren Stand der Dinge mit Nachdruck hingewiesen. Es scheint jedoch fast, als ob die Reden der französischen Staatsmänner mit besonderem Eifer versuchten, die Mehrheit der Welt von dieser Frage des Augenblicks abzulenken. Sie beschäftigen sich mit der Schuld am Krieg, von der sie wissen, daß sie tatsächlich alle gerechtdenkenden Menschen interessieren muß. Sie sahen aber in diesem Problem nur die Fragen von zehn oder zwanzig Personen, die etwa persönlich an dem Unglück, das wir erlebt haben, besonders schuldig sein sollen. Sie müssen diese Fragen setzen, denn sie sind ja, wie Herr Clemenceau sagt, Anhänger des alten Systems. Nun, wir in Deutschland, sind auch an der Aufdeckung der Schuld am Kriege aufs höchste interessiert. Es ist seitens der neuen deutschen Regierung auch bereits der Vorschlag gemacht worden, eine neutrale Kommission einzusetzen, die diese Fragen auf der breitestmöglichen Grundlage untersuchen soll. Es wurde vorgeschlagen, daß ihr alle Akten und Geheimarchive der Welt für ihre Untersuchungen geöffnet werden sollen. Wir glauben, daß nur so ein wirklich objektives Bild der Vorgänge gewonnen werden kann, die im Jahre 1914 zum Ausbruch der Feindseligkeiten geführt haben. Es kommt darauf an, den Geist festzustellen, aus dem heraus Entschlüsse möglich waren, die den Tod von Millionen zur Folge hatten. Auf die Aenderung dieses Geistes haben die Staatsmänner von heute und von morgen ihr Augenmerk zu lenken. Solange der Revanchegedanke lebt, wird es Krieg geben, solange nationale Güter vergewaltigt werden, müssen Völker im Drange nach Freiheit zu den Waffen greifen, solange es Irredenten gibt, werden die Staatsmänner nur zögernd und ohne Offenheit miteinander sprechen können. Darum ist die Frage nach der Schuld am Kriege sicher eine der Zentralpunkte, an denen sich die Frage nach dem neuen System in der Politik und nach der Neuordnung zwischen den Völkern entscheiden wird. Aber es darf gerade deshalb, wenn man dieser Frage nachgeht, keine Einseitigkeit geben und der Mut der Offenheit darf nicht nur von der einen Seite verlangt werden. Nur, wer ein schlechtes Gewissen hat, kann sich dem Wunsch entziehen, das seinige zu tun, damit die Frage der Schuld am Kriege eine so allseitige Beleuchtung wie möglich erhält. Ich meine mit dem schlechten Gewissen nicht etwa die Angst davor, daß Missetaten, die irgendwer irgendwo und irgendwann begangen hat, ans Tageslicht kommen. Das schlechte Gewissen ist bei allen denen zur Stelle, die nicht recht wissen, wie sie sich zu diesen und jenen Lebensäußerungen des Systems vergangener Zeit zu stellen haben. Herr Poincare hat in seiner letzten Rede wieder die ganze wohlbekannte Greuelhetze gegen das deutsche Volk losgelassen. Es liegt ihm nicht daran, die öffentliche Meinung endlich einmal zu entgiften. Moralische Siege werden nicht durch Beschimpfungen gewonnen, moralische Siege gewinnt nur, wer sich selbst überwindet. Der moralische Sieg in der Politik müßte der gerechte Völkerbund sein, wo jedes Volk bereit ist, seine individuellen Wünsche in friedlicher und versöhnlicher Sinnesart mit den anderen zu durchsprechen. In diesen Völkerbund kann Deutschland nicht als ein Gleichberechtigter eintreten und ebenso wenig kann es seinerseits diesem Völkerbund Vertrauen entgegenbringen, wenn man es bei seinem Eintritt mit Verleumdung und übler Nachrede empfängt. Auch hier liegt eine Erkenntnis, die ich den französischen Staatsmännern wünschen muß, falls sie in der kommenden Gesellschaft der Völker versuchen wollen, mit Autorität aufzutreten, wenn anders ihnen überhaupt an dieser Liga der Nationen gelegen ist. Das deutsche Volk hat durch die Revolution seinen bisherigen Platz in der Welt mit einem neuen vertauscht. Es ist aus dem Zuschauerraum des Theaters, in dem das Stück von der Freiheit gespielt wird, aus eigenem Entschluß auf die Szene gestiegen und handelt nun selbst. Seine Aufgabe ist klar und eindeutig die, nach dem Zusammenbruch ans Aufbauen zu gehen. Dieser Aufbau wird aber nur dann ein wirklich fruchtbarer sein und über die nächste Zeit hinaus Frucht tragen können, wenn das deutsche Volk Seite an Seite mit den anderen Völkern darangehen kann, jene Solidarität der Demokratie zu schaffen, die allein Glück, Frieden und Wohlfahrt in der Welt zu sichern vermag.

Neue Wege.

Berlin, 27. Januar. Der Staatssekretär des Reichswirtschaftsamtes Dr. August Müller sprach vor einem Kreise von Pressevertretern über die Erwägungen, die dem Entwurf eines Gesetzes über die Energiewirtschaft zugrunde liegen. Der Gesetzentwurf will eine sparsame und rationelle Verwendung der Energiequellen des Reiches und einen Ausgleich innerhalb des Reichsgebietes zwischen den in Bezug auf Kraftquellen verschieden gestellten Gebieten erreichen. Dem Staat soll der entscheidende Einfluß auf die Durchführung des Programms zugesprochen werden. Damit soll das Reich befähigt sein, innerhalb des Reichsgebietes die Verhältnisse an den Energiequellen nach gemeinnützigen Gesichtspunkten zu regeln. Unter dem Oberbegriff des Gesetzes werden zwei weitere Spezialgesetze zusammengefaßt, die die Reichsbewirtschaftung der Kohle und der Elektrizität zum Gegenstand haben. In der Frage der Elektrizitätsversorgung erklärte Dr. Müller, daß die mehr als 4000 Elektrizitätswerke Deutschlands im wahrsten Sinne des Wortes eine Kraftverschwendung bedeuten. Hier ist nun das Programm: Gesunde Unternehmungen zu fördern, schwache auszuschalten und vor allem das Reich anstelle der bisherigen politischen Zersplitterung, die auch die Stromversorgung vor den einzelnen Landesgrenzen Halt machen ließ, in nach technisch-wirtschaftlichen Gesichtspunkten zugeschnittene Versorgungsgebiete einzuteilen und innerhalb dieser Gebiete zur Vermeidung der ungesunden Konkurrenz die Unternehmen zusammenzuschließen. Damit wird endlich die höchste wirtschaftliche Ausnutzung des Stromes in entsprechend weitem Gebiet und unter Verwertung aller Ausgleichmöglichkeiten, eine großzügige wirtschaftlich und technisch zu den größten Hoffnungen berechtigende Elektrizitätspolitik, ermöglicht. Norddeutschlands Kohle und Süddeutschlands Wasserkraft werden zusammen zum Besten des Reiches zur höchsten Ausnutzung gebracht werden

Das Reichsluftamt.

Berlin, 27. Januar. Gegenüber irrigen Auffassungen über die Tätigkeit und den Wirkungskreis des Reichsluftamtes gibt der Unterstaatssekretär des Reichsluftamtes folgende Erklärung über die Aufgabe seines Amtes: Der Wirkungskreis des Reichsluftamtes ist folgender: die Zulassung der Flugzeug- und Luftschiffführer, der Luftfahrzeuge, der Luftverkehrsunternehmungen zum Luftverkehr; die Mitwirkung bei den gesetzlichen Maßnahmen, die als rechtliche Unterlage (das Luftrecht und seine Ausführungsbestimmungen) für die Zulassung zum Luftverkehr erlassen werden. Das Reichsluftamt vermittelt den Geschäftsverkehr zwischen allen an der Luftfahrt interessierten Reichs-, Staats- und Militärbehörden, den werktätigen Kreisen, der Flugzeugindustrie, den Luftverkehrsgesellschaften usw. Ferner besteht seine Hauptaufgabe in der Bearbeitung der Fragen, welche die künftige Friedensentwicklung der nationalen und internationalen Luftfahrt betreffen, in der sach- und sachkundigen Beratung unserer Unterhändler für die Friedensverhandlungen; in der Behandlung der einschlägigen Fragen mit den Bundesstaaten des Deutschen Reiches, in der Förderung von Flugkonkurrenzen und Flugzeugausstellungen zum Zwecke der Herstellung von Verkehrs- und Handels-Flugzeugtypen und Flugmotoren; desgleichen der aussichtsreichen Erfindungen, welche die Luftfahrt und die Flugtechnik betreffen. Das Reichsluftamt ist nicht zuständig für Fragen der Stellenvermittlung des früher in der Luftfahrt tätig gewesenen Personals, auch nicht für die Angelegenheiten der Demobilmachung, sondern das Demobilmachungsamt. — Das Reichsluftamt ist nicht zuständig für Fragen der Verwendung des Heeresgeräts des Flugwesens, sondern das Reichsverwertungsamt. Da von der derzeitigen Regierung eine Verstaatlichung des Luftverkehrs noch nicht ins Auge gefaßt ist, bildet das Reichsluftamt keine Flugzeugführer aus, stellt Flugzeugführer nicht an und treibt selbst keinen Luftverkehr.

Das Zeugnis der Reife ohne Prüfung.

Berlin, 27. Januar. Das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung erläßt folgende Bekanntmachungen: Diejenigen Kriegsteilnehmer, die den Nachweis erbringen, daß sie dem Grenzschutz Ost beigetreten und die in den Schuljahren 1914—1916, also einschließlich Ostern 1917, in die Unterprima regelrecht versetzt worden sind, erhalten das Zeugnis der Reife ohne Prüfung. Die Aushändigung des Zeugnisses erfolgt, nachdem sie dem Grenzschutz Ost mindestens drei Monate oder bis zu seiner Auflösung angehört haben, durch den Direktor der von ihnen zuletzt besuchten Anstalt. Schüler der Oberprima, die beabsichtigen, als Freiwillige dem Grenzschutz Ost beizutreten, sind nach Vorlegung ihrer Annahmebescheinigung sofort zur Notreifeprüfung zuzulassen. Schüler der oberen Klassen, die sich im vorgeschrittenen Alter befinden und die gleiche Absicht haben, erhalten das Zeugnis der Versetzung in die nächsthöhere Klasse. Den Oberprimanern ist das Zeugnis der Reife, den übrigen Schülern ist das Versetzungszeugnis zu dem Zeitpunkte auszuhändigen, zu dem sie es regelrecht erlangt haben würden, vorausgesetzt, daß sie bis dahin dem Grenzschutz angehört haben

Die Heimkehr der deutschen Gefangenen.

Berlin, 27. Januar. Dem heutigen Bericht der Waffenstillstandskommission entnehmen wir: Die alliierten Kommissionen überreichen die deutscherseits geforderte Mitteilung über ihre Stellungnahme zur Rückkehr der deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen. Die Vorsitzenden der alliierten Waffenstillstandskommissionen erklären darin übereinstimmend, daß nur die interalliierten Regierungen über den allgemeinen Rücktransport der deutschen Gefangenen zu entscheiden haben. Dagegen werde der Vorsitzende der französischen Waffenstillstandskommission aufs nachdrücklichste vorschlagen, die deutschen Verwundeten und Kranken so schnell wie möglich heimzuschaffen. Die alliierten Kommissionen seien auch bereit, die von der deutschen Kommission gewünschte Liste sämtlicher Kriegsgefangenen von ihren Regierungen einzufordern. Die deutsche Waffenstillstandskommission bemerkt, die Nichterledigung der Gefangenenfrage sei unvereinbar mit dem Geist des Waffenstillstandsabkommens. Es sei unerhört, daß bei solchem Dauerwaffenstillstand, während dessen kein Mensch an eine Fortsetzung des Krieges mehr denkt, deutsche Gefangene auf unbestimmte Zeit in Gefangenschaft gehalten werden. Die deutsche Kommission hoffe bestimmt, daß die Entscheidung der alliierten Regierungen sich nicht nur auf die kranken und verwundeten Gefangenen beziehen werde. General Nudant entgegnet, die Verlängerung des Waffenstillstandes sei nötig geworden, weil Deutschland seinen Verpflichtungen nicht rechtzeitig nachgekommen sei. Der Vorsitzende der deutschen Waffenstillstandskommission in Spaa, General von Winterfeld, erklärt, er habe vom ersten Tage an darauf hingewiesen, daß die Deutschland auferlegten Bedingungen nicht voll erfüllt werden könnten, da sie Unmögliches verlangten.

General Kluck über die Marneschlacht.

Genf, 27. Januar. Der „Matin" berichtet über eine Unterredung mit dem schwedischen Industriellen Christiensen, der seinerzeit in Gegenwart von Freunden den früheren General v. Kluck über die Gründe der Niederlage an der Marne im Jahre 1914 befragte. Kluck habe geantwortet, er habe damals nicht so handeln können, wie er wollte. Entgegen der oft gehörten Behauptung sei nicht er der Urheber des Feldzugsplanes gewesen, den man den „Marsch nach Paris" genannt hat. Er sei nicht der Meinung gewesen, daß die Besetzung von Paris den Krieg entscheiden würde. Er war vielmehr der Auffassung, Frankreich müsse durch einen Vormarsch längs der Küste isoliert werden. Für die Besetzung von Paris, die für den 2. September vorgesehen war, wäre alles vorbereitet gewesen, sogar die Fahne, mit einem Flächeninhalt von 400 Quadratmetern, die auf dem Eiffelturm gehißt werden sollte. Der Kaiser war entzückt. Unsere Aufklärer und Flieger hatten gemeldet, daß in der französischen Armee alles auf dem Kopf stehe. Noch am 1. August erschien die französische Armee vollständig demoralisiert, doch bereits nach wenigen Stunden hatte sich die Situation gänzlich verändert. Infanterie-, Artillerie- und Genietruppen standen geordnet in den ihnen angewiesenen Stellungen. Hätten wir vor dieser Ueberraschung weiter vorstoßen sollen? Es wäre Wahnsinn gewesen. Die moralische Wirkung der Besetzung von Paris hätte sich bald in das Gegenteil verkehrt, wenn uns eine französische Armee im Rücken angegriffen und unsere rückwärtigen Verbindungen abgeschnitten hätte. Wir mußten also eine neue Schlacht beginnen. Die Ursachen ihres Mißerfolges sind bereits seinerzeit festgestellt worden: Mangel an Munition und Unsicherheit in der Verpflegung. Das ist aber nicht die Hauptursache, diese besteht in der besonderen Fähigkeit des französischen Soldaten, sich mit großer Schnelligkeit wieder zu sammeln und zu fassen. Womit wir aber niemals gerechnet hatten, das war der Umstand, daß Soldaten, die zehn Tage lang auf dem Rückzug waren, wochenlang auf bloßer Erde geschlafen hatten und halbtot vor Ermüdung waren, daß solche Soldaten noch einmal das Gewehr ergreifen und unter Trompetengeschmetter noch vorgehen könnten. Diesen Faktor hat man uns nicht gelehrt, in Rechnung zu setzen. — Ueber die Wiedergabe des sachlichen Inhalts der aus dritter Hand bezogenen angeblichen Aeußerungen des Generals Kluck hinaus scheint der Gewährsmann des „Matin" die Mitteilungen des Heerführers etwas für den französischen Geschmack und das Bedürfnis seiner Leser zurechtgemacht zu haben.

Die Opfer des Hungers.

Berlin, 27. Januar. In einer Sitzung der Vereinigten Aerztlichen Gesellschaft in Berlin ist um die Jahreswende das statistische Material über die Bevölkerungsbewegung der letzten Jahre, das der Oeffentlichkeit bisher nicht zugänglich war, bekanntgemacht worden. Es eröffnet geradezu furchtbare Einblicke in die Wirkungen der englischen Hungerblockade. Schon in den Jahren 1915 und 1916 hatte sie eine Erhöhung der Sterbefälle gegenüber dem Jahre 1913 um 9,5 und 14 Prozent zur Folge. Die schwersten Wirkungen sind aber statistisch erst in den beiden letzten Kriegsjahren erkennbar, als die Widerstandskraft der Bevölkerung durch die langandauernden Entbehrungen bereits stärker geschwächt worden war. 1917 zeigte sich eine Zunahme der Sterbefälle in der Zivilbevölkerung um 32 Prozent und 1918 um 37 Prozent. Dabei sind die durch die Grippe verursachten Todesfälle, die zum großen Teil ja auch auf die durch schlechte Ernährung hervorgerufene geringere Widerstandskraft des Körpers zurückzuführen sind, nicht einmal mitgerechnet. Insgesamt ergibt sich eine Zahl von 763 000 Todesopfern der Blockade. Davon entfallen auf 1917 260 000 und auf 1918 294 000 Todesfälle. Die Sterblichkeit an Tuberkulose hat sich in den Städten unter dem Einfluß der Hungerblockade mehr als verdoppelt. Im Jahre 1917 hat man eine Feststellung der Sterblichkeit nach Altersklassen vorgenommen und dabei die trostlose Feststellung gemacht, daß bei den Kindern von 1 bis 5 Jahren die Sterbefälle um rund 50 Prozent, bei denen von 6 bis 15 Jahren um 55 Prozent gestiegen waren. Die heranwachsende Jugend hat also unter den Entbehrungen in wesentlich höherem Maße gelitten als der Durchschnitt der Bevölkerung. — Es wäre überflüssig, diesen zahlenmäßigen Wirkungen der englischen Hungerblockade noch ein Wort hinzuzufügen. Die ganze Scheinheiligkeit der englischen Politik, die von Moral überfließt, aber dabei ruhig zusieht, wie fast eine Million unbewaffnete Menschen zugrunde gehen, wird dadurch in ihrer ganzen Brutalität bloßgelegt. Es ist nur zu hoffen, daß die deutschen Friedensunterhändler auch diese Gegenrechnung der Entente präsentieren. Wer baut uns das wieder auf, was die perfide Hungerblockade uns eingerissen hat? Da sind wertvollere Gebäude zerstört, als die sind, über deren Trümmer die Alliierten jetzt die Welt in Aufregung setzen. Von den Deutschen, die verhungern mußten, da spricht kaum einer. So werden wir unseren Mund für unsere Toten aufmachen müssen

Neuwahl der Gemeindevertretungen.

Berlin, 27. Januar. Die Preußische Regierung erläßt mit Gesetzeskraft eine Verordnung zur Regelung des Gemeindewahlrechts. Die Mitglieder zu den Gemeindevertretungen sind nach dem allgemeinen, unmittelbaren und geheimen Wahlrecht und dem Grundsatze der Verhältniswahl zu wählen. Wahlberechtigt und wählbar sind alle Männer und Frauen, die die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen, das 20. Lebensjahr vollendet haben, seit mindestens 6 Monaten in der Gemeinde ansässig sind und sich im Besitze der bürgerlichen Ehrenrechte befinden. Die gegenwärtigen Gemeindevertretungen werden dadurch aufgelöst, Neuwahlen sind an einem Sonntag spätestens bis zum 2. März vorzunehmen.

Zahlt die Jahresrechnungen bald.

Berlin, 27. Januar. Handwerker, kleine Gewerbetreibende und Geschäftsleute pflegen zum Neujahrstage ihre Rechnungen für die im verflossenen Jahre getätigten Leistungen oder Lieferungen zu überreichen. War schon früher ein unnötiges Hinausschieben der Zahlungen eine schlechte Angewohnheit, so kann eine solche unter den augenblicklichen Verhältnissen noch viel schlimmere Folgen für den Rechnungssteller mit sich bringen. Gewiß mögen die einzelnen Beträge klein sein und unbedeutend erscheinen, aber aus vielen Kleinigkeiten, an denen hunderte von Kunden beteiligt sind, wird für den Einen, der mit dem Eingange aller dieser kleinen Posten rechnen muß, oft eine sehr erhebliche Summe. Und Geschäftsmann wie Gewerbetreibender müssen in einer Zeit wie die jetzige auf pünktliches Eingehen ihrer Außenstände rechnen können, wenn ihre Existenz nicht trotz aller vorsichtigen Lebensführung in Gefahr geraten soll. Laßt also kleine Posten nicht erst aus Nachlässigkeit lange anstehen.

Die Tätigkeit der Guttempler.

Berlin, 27. Januar. Die Tätigkeit der Guttempler, die durch den Krieg etwas ins Stocken geraten war, wird jetzt überall neu aufgenommen. Insbesondere wollen sich die Vereinigungen der Guttempler die Jugendfürsorge angelegen sein lassen. Es werden hierzu neue Gliederungen geschaffen, die bestimmt sind, die Jugend frühzeitig auf die Schäden und Verwüstungen hinzuweisen, welche der übermäßige Alkoholgenuß anzurichten vermag.

Wahlbewegung.

Das Berliner Ergebnis.

Berlin, 27. Januar. Das Ergebnis der Wahlen für die Deutsche Nationalversammlung wurde für Berlin in einer nach dem Rathaus einberufenen Sitzung des Wahlausschusses unter dem Vorsitz des Wahlkommissars Stadtrat Loebning amtlich festgestellt. Für die Wahlen waren in 381 Wahlbezirken 1 385 587 Personen als Wahlberechtigte eingetragen, aber nur 1 131 927 Personen kamen zur Wahlurne. Das ist für Berlin eine auffallend geringe Beteiligung. Gegenüber der Gesamtzahl der eingetragenen Wahlberechtigten stellt sich die Zahl der abgegebenen Stimmen auf noch nicht 82 Prozent. Zu berücksichtigen sind noch die nicht in die Wählerlisten Eingetragenen, nur auf Grund einfacher Bescheinigung zur Wahl zugelassenen Soldaten. Durch sie erhöht sich die Gesamtzahl der Wahlberechtigten noch beträchtlich, so daß für die Stimmenzahl die Anteilziffer noch geringer ist. Für gültig erklärten die Wahlvorstände 1 110 525 der abgegebenen Stimmen. Darunter waren 404 604 für Liste Scheidemann, 306 672 für Liste Eichhorn, 177 [illegible]55 für Liste Naumann, 103 720 für Liste Laverenz, [illegible]6 053 für Liste Kahl, 45für Liste Schwahn. 21 492 Stimmen wurden für ungültig erklärt

Die Umsturz-Bewegung.

Der Wirrwarr nach dem Kriege.

Berlin, 27. Januar. Die Welt steht förmlich auf dem Kopfe, alles geht drunter und drüber. Eine Illustration dazu bietet eine drastische Schilderung im Daily Chronicle, in der es heißt: „Die Geschichte macht sonderbare Sprünge. In Galizien kämpfen italienische Gefangene mit Polen gegen Ukrainer. In Südrußland verkaufen oder verschenken deutsche Truppen ihre Waffen an die Ukrainer. Bald helfen sie ihnen gegen die Bolschewiken, bald wenden sie sich gegen sie. Weiter nördlich sind die deutschen Truppen zum Teil bolschewistisch, zum Teil suchen sie sich nach der Heimat durchzuschlagen, sehen sich aber von Lenins rotem Heere im Rücken angegriffen. Europa ist übersät mit Kanonen, Maschinengewehren, Bomben und Munition — alles Ueberreste des großen Krieges —, und jedermann so gut wie niemand ist Herr dieser Zerstörungsmittel. Grenzen und Scheidelinien verschwimmen, Abmachungen werden heute getroffen und morgen nicht mehr innegehalten, und mit wenigen Ausnahmen gibt es keine Regierung östlich vom Rhein, die nicht heute verzweifelt spektakelte und morgen in der Versenkung verschwunden sein kann. Ich zögere nicht, einzugestehen, daß der Anblick dieses Europas in Ruinen geradezu erschreckend ist. Die Zivilisation des 19. Jahrhunderts liegt zerbrochen am Boden: nicht nur weil in Verfall geratene Bahnzüge kläglich dahinkriechen, weil der Post- und Telegraphenverkehr heute kaum besser ist als zu Napoleons Zeiten, weil Hungersnot und Pestilenz die Völker erwürgen. Nein, weil die moralische Energie des Menschengeistes niedergebrochen ist, weil die primitiven barbarischen Instinkte wieder aufleben, das wilde Bestreben des einzelnen, einen eigenen Willen mit Gewalt durchzusetzen. Das allgemeine Gefühl für den Zweck des Lebens ist verloren gegangen in dem Wirrwarr kleinlicher, miteinander streitender Triebe. Die Leute beten mit Eifer die Zaubersprüche von Freiheit und Gleichheit daher in der Hoffnung, die schreckliche Furcht zu verjagen, die in ihren Herzen lauert. In Deutschland treiben die Soldaten eine chaotische Politik, während die oberen Klassen unbekehrt, hochfahrend, rachebrütend und hilflos zuschauen, und die amateurhaften Eintagsregierungen verschwenden ihre bescheidene Kraft in Sturzbächen von Reden, ohne die Macht zu haben, den unabwendbaren Verlauf der Ereignisse aufzuhalten. Durch alle dieses brodelnde Chaos ziehen sich als üble Unterströmungen Intrige auf Intrige — monarchischer, bolschewikischer, finanzieller, imperialistischer, klerikaler, atheistischer Art. Durch das europäische Chaos schleicht sichtbar das Gespenst des Bolschewismus. Er ist der unheilvolle Radikalgeist des modernen Materialismus. Nur [illegible] Bilder der Apokalypse werden der heutigen Lage Europas gerecht. Es ist keine politische Krisis, es ist eine Krisis des Geistes. Niemand, der [illegible]

Landesbibliothek Oldenburg

gegenwärtigen Ruin Europas genau beobachtet hat, kann sich der Empfindung erwehren, daß alle äußerlichen Bemühungen nutzlos sind, solange nicht die moralischen Grundlagen des Friedens machtvoll verankert sind. Darum ist der Völkerbund ein so wichtiger Gedanke. Bleibt er eine Utopie, dann hat sich unsere geistige Schaffenskraft erschöpft, und im Strudel barbarischer Anarchie wird alle Zivilisation untergehen."

Die imperialistische Internationale.

Als der Weltkrieg drohte, gab es viele, die da meinten, die internationale Sozialdemokratie werde ihn zu verhindern wissen — die Tatsachen haben das Gegenteil erwiesen. Jetzt gibt es ebensoviele, die da glauben, die Internationale werde für einen „gerechten antimperialistischen" Frieden sorgen. Die Absicht, auf einen Frieden hinzuarbeiten, findet sich aber nur bei den italienischen Sozialdemokraten, während die der anderen Länder sich fast ganz imperialistisch gebärden. Das Schlimmste ist, daß die Neutralen demgegenüber sehr wenig zu bedeuten haben und daß ein großer Teil von ihnen das Recht, als Neutrale und als Sozialdemokraten zu gelten, durch seine Haltung während des Krieges verwirkt hat. Das gilt vor allem von Branting und seinem schwedischen Anhange. Es wäre eine gefährliche Täuschung, wenn man sich in Deutschland einbildete, Branting habe infolge der deutschen Revolution seine Haltung grundsätzlich geändert. Seine ganze Haltung und die seiner Umgebung seit der deutschen Revolution beweist, daß sie mit ihren Zuneigungen auf der Seite des siegreichen Verbands-imperialismus gegen das geschlagene sozialistische Deutschland stehen und nach wie vor Deutschland mit anderem Maßstab messen wie den Verband. Während sie gegen die Gefahren eines deutschen Machtfriedens und gegen deutschen Imperialismus und Militarismus täglich in leidenschaftlichster Weise zu Felde zogen und dabei auch vor Lügen, Verdächtigungen und Verleumdungen nicht zurückschreckten, wagen sie jetzt kaum den Imperialismus des Verbandes mit einigen Worten zu tadeln. Ihre Taktik geht darauf aus, ihn so viel wie möglich zu verschleiern und zu verkleinern und unangenehme Tatsachen möglichst unter den Tisch zu wischen. Es ist äußerst bezeichnend, daß die während des Krieges verbandsfreundliche bürgerlich-freisinnige Presse Schwedens vielfach mehr Mut findet, die Nothcliffsche und Clemenceausche Reaktion zu tadeln als die Leute, die sich Sozialdemokraten nennen.

Branting betrachtet die durch den Krieg aufgeworfenen Fragen mit den Augen eines gemäßigten Verbandsimperialisten, der zwar allzu schamlose Ansprüche der Sieger mit schmerzlichem Bedauern ablehnt, in allem wesentlichen aber der Vergewaltigung des deutschen Volkes keinen entschiedenen Widerstand entgegensetzt. Bezeichnend für Branting und seinen Anhang ist u. a., daß „Sozialdemokraten" nicht nur Erzberger in unverschämter Weise beschimpft, sondern auch die Angriffe des Pariser „Temps" — dem ja Branting während des ganzen Krieges besonders nahegestanden hat und auch heute noch nahesteht — auf Graf Brockdorff-Rantzau zustimmend abgedruckt und die Ueberweisung der auswärtigen Angelegenheiten an den Volksbeauftragten Scheidemann scharf verurteilt. Es genügt eben diesen Leuten nicht, daß Deutschland militärisch vollkommen wehrlos gemacht ist, es soll auch politisch und diplomatisch wehrlos zur Friedenskonferenz gehen. Diese Art, deutsche Staatsmänner und Parteiführer zu behandeln, wird in das richtige Licht gesetzt, wenn man sie mit der unterwürfigen Haltung vergleicht, die Branting und sein Anhang zu Poincare, Clemenceau, Lloyd George einnehmen.

Das deutsche Volk hat demnach von Branting und seinem Wirken innerhalb der Internationale nichts Gutes zu erwarten, wenn es auch sicher ist, daß der schlaue, doppelzüngige, in allen Wassern gewaschene Konjunkturenpolitiker alles tun wird, um seine wirklichen Gesinnungen zu maskieren und Harmlose zu täuschen.

Einig, furchtlos, frei!

Innerhalb und außerhalb der Mauern sind die Feinde des deutschen Reiches geschäftig am Werke, Deutschland in die Anarchie hineinzutreiben. Von Osten her droht der russische Bolschewismus über Westeuropa sich auszubreiten. Er findet einen günstigen Nährboden überall dort, wo die wirtschaftliche Kraft der Völker erschöpft ist. Seine Wegbereiter sind: Wilde Streiks und übertriebene Lohnforderungen. Das internationale angloamerikanische Kapital hat dem russischen Bolschewismus den Weg nach Westeuropa durch die nunmehr viereinhalb Jahr andauernde Hungerblockade Deutschlands geebnet. Ein bolschewistisches Deutschland ist eine unmittelbare Gefahr für Frankreich, Belgien und Italien und Skandinavien. Denn die Zerstörungen, die der Krieg in diesen letztgenannten Ländern angerichtet hat, haben auch dort den Boden bolschewistisch unterminiert. Darüber dürfen wir uns nicht hinwegtäuschen, daß der Bolschewismus auf dem Anmarsch ist. Die harten Waffenstillstandsbedingungen, die Deutschland von der Entente auferlegt wurden, verleihen dem russischen Zerstörer Siebenmeilenstiefel. Ganz Deutschland muß eines Feindes gewärtig sein, der umso gefährlicher ist, als die große Masse ihn nicht kennt, oder wenig, bezw. garnichts von ihm weiß. Wir wissen, daß die Vorhuten des Feindes bereits im Lande sind. Die Tätigkeit von Joffe und Radel hat allen Deutschen die Augen geöffnet.

Das arme gehetzte Berlin.

Die „Sozialistische Korrespondenz" vom 22. Januar schreibt:

„Das arme gehetzte Berlin kommt nicht zur Ruhe. Es hat tatsächlich seit dem 9. November keine frohe Stunde mehr gehabt. Die Rückwirkung auf die Stimmung der Bevölkerung zeigt das Wahlresultat. Erst das Treiben der Deserteure, des Roten Soldatenbunds und der spartakistischen Arbeitslosenorganisationen, dann der Matrosenputsch, der Straßenbahnerstreik, die blutige Spartakuswoche, der Streik auf der Hochbahn, die Stillegung des Stadtbahnverkehrs und jetzt der Ausstand im städtischen Elektrizitätswerk. Wieder stehen die elektrischen Bahnen still, die Beleuchtung versagt, die meisten Betriebe müssen schließen. Es sind 1400 Arbeiter, die um einer Lohnforderung willen das ganze Leben der Zwei-Millionen-Stadt lahmlegen."

Die „Sozialistische Korrespondenz" erklärt, daß das so nicht weiter gehen kann. Die Elektriker sind städtische Angestellte, also: die Sozialisierung leistet nichts gegen die Streikgefahr. „Ein Keil treibt den andern; das Wirtschaftsleben kommt nicht zur Ruhe. Statt daß wir die Kriegsschäden überwinden, kommen wir immer weiter zurück . . . und dabei ist die deutsche Mark keine 45 Pfennig mehr wert." Die Erkenntnis fehlt auf seiten der Mehrheitssozialisten also nicht. Aber sie sind in ihrem Einfluß auf die Massen durch ihre eigene Vergangenheit gehemmt. Sie haben ihre Anhänger zu einer geschichts-mechanischen Auffassung erzogen, nach der zwar die Gesamtwirtschaft, der Staat, die Gemeinde, der „Kapitalismus" einen nie sich erschöpfenden „Profit" erarbeiten, von dem immer nur abzuheben ist, aber den Menschen zu bilden, der mit seinem Pflichtgefühl das Ganze trägt und in Notlagen sich beschränkt und selbst überwindet, haben sie denen überlassen, gegen die sich ihr erbitterter politischer Kampf richtet. Wir müssen wieder unten anfangen. Besserung und Gesundung aber kann nur kommen, wenn sich immer weitere Kreise des deutschen Volkes von den „Errungenschaften" der Revolution durchrütteln lassen und auch in den Wahlen Gericht halten über den Sozialismus, der in der Schicksalsstunde des deutschen Volkes so jämmerlich versagt, daß selbst seine einsichtigsten Anhänger an ihm irre werden.

Zukunftsmusik.

Braunschweig, 27. Januar. Hier fand ein Kongreß statt zur Bildung einer nordwestdeutschen Bundesrepublik. Eine vom Referenten Kühl eingebrachte Entschließung fordert alle politische Macht für die Arbeiter- und Soldatenräte. Falls die Nationalversammlung nicht in deren Sinne wirkt, habe sie wieder abzutreten. Eine zweite, vom Volkskommissar Oerter eingebrachte Entschließung fordert die Bildung von zehn Freistaaten in Nordwestdeutschland und deren Zusammenschluß zu einem Bunde. Diese Vereinigung sei bereit, mit der Gesamtheit des Deutschen Reiches sich zusammenzuschließen, wenn das Deutsche Reich eine auf dem Rätesystem beruhende entsprechende sozialistische Regierung habe. Es muß von dieser Reichsregierung verlangt werden: 1. das bestehende Heer sofort aufzulösen und durch eine Volkswehr zu ersetzen, 2. das System der Räteregierungen in ganz Deutschland zu festigen, 3. alle Personen aus der Reichsregierung zu entfernen, die sich während des Krieges kompromittiert haben. Geht die Reichsregierung auf diese Forderung der vereinigten westdeutschen Staaten nicht ein, dann erklärt sich die Vereinigung als selbständig und unabhängig von der Berliner Regierung. Sie wird dann sofort mit der Entente einen Friedensschluß suchen. Die Vereinigung der sozialistischen Freistaaten Westdeutschlands wird alsdann an die süddeutschen Staaten sowohl wie an alle sozialistischen Freistaaten Deutschlands, die sich ihr anschließen wollen, einen Aufruf zur Bildung eines Deutschen Reiches auf der Grundlage des Systems der Räteregierung richten, um mit dem Auslande als selbständiger Staat in Verbindung zu treten.

Karl Marx über die Preßfreiheit.

Die gewaltsame Besetzung von Zeitungen, wie sie in letzter Zeit so vielfach von Spartakusleuten versucht und auch auf kurze Zeit durchgeführt worden ist, bedeutet eine Versündigung am Geiste von Karl Marx, der in all seinen Werken erbittert gegen die Zensur gekämpft hat und die Preßfreiheit eins der wichtigsten Menschenrechte nannte. In seiner in der Vorwärts-Buchhandlung erschienenen Zusammenstellung von Aussprüchen Marx', die den Titel „Geschichtliche Tat" führt, teilt Franz Diedrich eine große Anzahl auf die Preßfreiheit bezüglicher Aeußerungen mit.

Einer dieser Aussprüche lautet: „Die freie Presse ist das überall offene Auge des Volksgeistes, das verkörperte Vertrauen eines Volkes zu sich selbst, das sprechende Band, das den Einzelnen mit dem Staat und der Welt verknüpft, die inkorporierte Kultur, welche die materiellen Kämpfe zu geistigen Kämpfen verklärt und ihre rohe stoffliche Gewalt idealisiert. Sie ist die rücksichtslose Beichte eines Volkes vor sich selbst, und bekanntlich ist die Kraft des Bekenntnisses erlösend. Sie ist der geistige Spiegel, in dem ein Volk sich selbst erblickt, und Selbstbeschauung ist die erste Bedingung zur Weisheit. Sie ist der Staatsgeist, der sich in jede Hütte kolportieren läßt, wohlfeiler als materielles Gas. Sie ist allseitig, allgegenwärtig, allwissend. Sie ist die ideale Welt, die stets aus der wirklichen quillt und, ein immer reicherer Geist, neu beseelend in sie zurückströmt."

Aus diesem Grund verdammt Marx die Zensur als eine Kritik, die das Monopol der Regierung ist. „Die wahre, im Wesen der Freiheit selbst gegründete Zensur ist die Kritik; sie ist das Gericht, das sie aus sich selbst zeugt." — „Das Wesen der freien Presse ist das charaktervolle, vernünftige, schlichte Wesen der Freiheit. Der Charakter der zensierten Presse ist das charakterlose Unwesen der Unfreiheit, sie ist ein zivilisiertes Ungeheuer, eine parfümierte Mißgeburt."

An anderer Stelle sagt Marx: „Ihr haltet es für Unrecht, Vögel einzufangen. Ist der Käfig nicht eine Präventivmaßregel gegen Raubvögel, Katzen und Stürme? Ihr haltet es für barbarisch, Nachtigallen zu blenden und Euch dünkt keine Barbarei, mit spitzen Zensurfedern der Presse die Augen auszustechen? Ihr haltet es für despotisch, einem freien Menschen wider Willen die Haare zu schneiden, und die Zensur schneidet den geistigen Individuen täglich ins Fleisch, und nur herzlose Körper läßt sie als gesunde passieren." — Preßfreiheit schien Marx als Lebensnotwendigkeit! Goethe sagte einmal: Dem Maler glücken nur solche weiblichen Schönheiten, deren Typus er wenigstens in irgend einem lebendigen Individuum geliebt habe. Auch die Preßfreiheit ist eine Schönheit — wenn auch gerade keine weibliche — die man geliebt haben muß, um sie verteidigen zu können." (Vorw.)

Einsicht und Sozialisierung.

Der Gegensatz zwischen der Mehrzahl der Arbeiter- und Soldatenräte und der Regierung in der Frage der Verstaatlichung verschärft sich immer mehr. Der Arbeiterführer Hue hat erklärt, er wehre sich mit Händen und Füßen gegen die Vergesellschaftung des Bergbaues. Eduard Bernstein wendet sich immer wieder gegen eine übereilte Verstaatlichung; der erbittertste Gegner einer sofortigen Verstaatlichung ist aber der Staatssekretär im Reichswirtschaftsamt, Herr August Müller. Vor Pressevertretern hat er von neuem ein wirtschaftliches Glaubensbekenntnis abgelegt, dessen erster Artikel lautet: Willkürliche Sozialisierung bringt Ruin. Das sichere Ergebnis einer solchen Sozialisierung wäre nur eine wesentliche Erhöhung der Kohlenpreise. August Müller wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß die 50prozentige Kohlenpreiserhöhung, die uns die Revolution schon jetzt gebracht habe, uns einfach vom Weltmarkte ausschließt. Und dann erklärte der Staatssekretär ausdrücklich: Das Reichswirtschaftsamt lehnt die im Kohlenrevier zur Anwendung gekommenen willkürlichen Sozialisierungsmaßnahmen ab. Währenddessen verstaatlichen Arbeiter- u. Soldatenräte weiter lustig darauf los, und die Unabhängigen sagen der Regierung Fehde an, weil sie nicht sofort alles in Bausch und Bogen vergesellschaftlichen will.

Die Regierung hat nun ihre Ideen über Vergesellschaftung in drei Gesetzentwürfen niedergelegt. In einem Gesetzentwurf über Energie-Wirtschaft und zwei Untergesetzen in Gestalt eines Reichskohlen- und eines Elektrizitätsmonopols. Veröffentlicht wird vorerst nur das Gesetz über Energiewirtschaft; die anderen beiden Gesetzentwürfe werden noch innerhalb der Ressorts beraten. Aber das Gesetz über Energiewirtschaft läßt bereits deutlich erkennen, wie sich die Regierung die künftige Bewirtschaftung der wichtigsten Energiequellen vorstellt. Um das Wesentlichste vorwegzunehmen: Die Regierung denkt nicht an eine Sozialisierung im Sinne des Wortes. Aengstlich scheut sie vor jedem Eingriff in das feine Räderwerk der Produktion zurück, weil sie weiß, daß ein solcher Eingriff im Sinne einer Produktionsverminderung wirken müßte. Und dies in einer Zeit, in der die Erhöhung der Kraftquellen oberstes Gesetz sein muß. Der Gesetzentwurf über Energiewirtschaft betont die Notwendigkeit, daß die Individualität des Wirtschaftslebens erhalten bleibt. Sein Hauptziel ist, durch staatliche Verwaltungsstellen die Elektrizitätsproduzenten und die Elektrizitätsverbraucher und ebenso die Kohlenproduzenten und Kohlenverbraucher zusammenzufassen. Das Reichsenergiegesetz ist ein typisches Mantelgesetz. Es erhält erst Inhalt und Bedeutung durch die Untergesetze über ein Reichskohlen- und Elektrizitätsmonopol. Auch diese Gesetze werden den Gedanken an eine Verstaatlichung der Produktion weit von sich weisen.

Der Hauptgesichtspunkt lautet vielmehr: Wie wird eine möglichst rationelle Verwendung der deutschen Energiequellen erreicht? Wie ermöglichen wir einen Ausgleich zwischen der weißen Kohle, der Elektrizität, und der schwarzen Kohle? Was die Kohlen betrifft, so sollen vor allem die wirtschaftlichen Bestrebungen auf eine Steigerung der Ausnutzung der Kohlen zusammengefaßt werden. Die Kohlenproduktion dagegen soll vor unmittelbaren Eingriffen geschützt werden. Die Regierung will nur die bisherige individualistische Wirtschaftsmethode modernisieren, ohne das System selbst aufzugeben. Dabei ist daran zu erinnern, daß die verschiedenen Novellen des Berggesetzes das staatliche Ueberwachungsrecht im Bergbau sehr ausgedehnt haben. Ebenso darf nicht außer acht gelassen werden, daß die Regierung sich schon in den letzten Jahren einen weitgehenden Einfluß auf die Preispolitik des Kohlensyndikats gesichert hat. Der Einfluß der Arbeiter soll durch Ausbau der Arbeiterausschüsse und durch Verbesserung der Arbeitsverträge verstärkt werden. Das neue Elektrizitätsgesetz soll der wirtschaftlichen Kraftverschwendung zu Leibe rücken, die durch das Emporschießen immer neuer Kraftwerke ohne Rücksicht auf Notwendigkeit entstanden ist. Sorgte doch jeder Landrat dafür, daß er sein eigenes Elektrizitätswerk hatte. Das Gesetz will die Elektrizitätsversorgung nach wirtschaftlichen, nicht nach geographischen Gesichtspunkten zusammenfassen. Das bisherige Gegeneinanderarbeiten der einzelnen Kraftwerke soll aufhören. Die einheitliche Bewirtschaftung wird sich auf Kohlen und Elektrizität, sowie auf alle übrigen Kraftquellen erstrecken. Man will die Ausnutzung der Kohlenlager und der Wasserkräfte in Süddeutschland nach einheitlichen Gesichtspunkten regeln.

Die Regierung denkt also nicht daran, den Individualkapitalismus durch einen Kapitalismus der Arbeitermassen zu ersetzen. Darauf würde nämlich letzten Endes eine Sozialisierung nach den Wünschen der Arbeiter- und Soldatenräte hinauslaufen. Von einer Verstaatlichung der Bodenschätze nimmt die Regierung auch wohl schon deshalb Abstand, um der Entente nicht Pfandobjekte in die Hände zu spielen. Außerdem soll die private Initiative nicht eingeengt werden. Der Staat greift nur dort ein, wo eine Kräftevergeudung eingerissen hat. Das Unternehmertum kann mit diesen Gesetzentwürfen durchaus einverstanden sein. Sie bedeuten eine Anerkennung der Leistungen der individualistischen und kaufmännischen Wirtschaftsmethode.

Neuordnung der Beamtengehälter.

Nur drei Gehaltsklassen.

Das Bestreben der neuen Volksregierung geht dahin, den unteren Bevölkerungsschichten ein den Teuerungsverhältnissen der Zeit angemessenes Einkommen zu verschaffen. Es haben Besprechungen mit vier Vertretern des Beamtenrats stattgefunden. Bei einer Vorbesprechung ist man übereingekommen, die 31 Gehaltsstufen auf ein möglichst geringes Maß zu reduzieren. Man glaubt mit drei Gehaltsstufen auskommen zu können. Dabei ist von dem Grundsatz ausgegangen, bei den Beamten unter 25 Jahren eine gewisse Staffelung, je nach Lebensalter, eintreten zu lassen. Für Beamte über 25 Jahre — man setzt hier als Grundlage eine Familie mit zwei Kindern, also vier Personen — hat man das Existenzminimum auf 400 Mark für den Monat berechnet. Also ein Beamter von 25 Jahren wird, verheiratet wie unverheiratet, monatlich mindestens 400 Mark verdienen. Damit ist ihm auch die Möglichkeit gegeben, eine Familie zu gründen. Die bisherigen Festsetzungen nach den neuen Gruppen sind erst roh umrissen. Es läßt sich aber ungefähr folgende Tabelle aufstellen: Gruppe 1 (früher Kl. 1—11: 1450—3000 Mark): Existenzminimum 4800 Mark jährlich. Gruppe 2 (früher Kl. 12—20: 2100—5500 Mark): Existenzminimum 5400 Mark jährlich. Gruppe 3 (früher Kl. 21—31: 3800—13 500 Mark): Existenzminimum 6000 Mark jährlich. Bei der Gruppe 3 ist die Einschränkung gemacht, daß man, um Härten zu vermeiden, denjenigen, die auf Grund des früheren Systems ein höheres Gehalt beziehen als nach dem neuen, das frühere Gehalt vorläufig beläßt, weil nur einzelne Personen in Frage kommen und dies bei der Regelung eine ganz untergeordnete Rolle spielt.

Ausland

Das Ende der U-Bootwaffe.

Genf, 27. Januar. Am Sonnabend werden in der Pariser Friedenskonferenz die Grundsätze, nach denen man bei der Bildung des Völkerbundes vorgehen will, von Lloyd George dargelegt werden. Amerika wird einen aufsehenerregenden Plan fertig vorlegen. Dieser schließt die vollständige Aufgabe der Unterseebootswaffe ein und verlangt, daß alle dem Völkerbund beitretenden Nationen sämtliche in ihrem Besitz befindlichen Unterseeboote vernichten. Ferner enthält dieser amerikanische Vorschlag eine Verfügung gegen den weiteren Bau von Unterseebooten und gegen das weitere Studium des U-Bootbaues.

Umgegend u. Provinz.

Oldenburg, 26. Januar. Mit der Einführung der allgemeinen Sonntagsruhe hat sich der hiesige Handels- und Gewerbeverein einverstanden erklärt und wird einen entsprechenden Antrag beim Magistrat stellen. — Die Preise für Pferde sind weiter im Steigen begriffen. Heute kosteten Pferde geringer Güte bereits über 2000 Mark. Infolge der vielen Schlachtungen und der Ausfuhr nach auswärts ist mit einer weiteren Preissteigerung zu rechnen. Der Verkauf von Pferdefleisch ist jetzt behördlich geregelt.

Oldenburg, 27. Januar. Wegen überschreitens der Polizeistunde wurden mehrere Wirte in der Stadt damit bestraft, daß sie fortan statt abends um 11 Uhr bereits um 10 Uhr schließen müssen. Wie verlautet, soll demnächst allgemein die Polizeistunde auf 12 Uhr festgesetzt werden.

Osnabrück, 27. Januar. Zu einer Zigeunerschlacht kam es gestern in hiesiger Stadt. Ein Diebstahl unter den eigenen Leuten der hier wohnhaften Zigeunergesellschaft war die Ursache eines Streites, der zunächst auf dem Pferdemarkt zu einer wüsten Schlägerei führte. Nachdem hier durch eingreifende Soldaten die Ruhe wiederhergestellt war, kam es in den Nachmittagsstunden auf dem Kamp abermals zu einem Zusammenstoß. Die Leute bearbeiteten sich gegenseitig nicht nur mit Fäusten und Stöcken, sondern es wurden auch Schüsse gewechselt. Mehrere Zigeuner wurden dabei verletzt, drei von ihnen erheblich. Leider wurde auch eine unbeteiligte Frau in ihrer Wohnung von einer Kugel getroffen und am Arm verletzt. Die Beteiligten sind festgenommen, und ist das Strafverfahren gegen sie eingeleitet.

Bremen, 26. Januar. Wie der Norddeutsche Lloyd mitteilt, sieht er sich infolge der ungünstigen Entwickelung der Verhältnisse besonders auf Grund des Waffenstillstandsabkommens in Trier, gezwungen, einen großen Teil seines Personals aus seinen Diensten zu entlassen. Betroffen werden vor allem die Offiziere, Ingenieure, Zahlmeister, Oberstewards und Oberköche, sowie auch die Unteroffiziere und Mannschaften der Werftbetriebe. Der Norddeutsche Lloyd hat eine besondere Beratungsstelle für die Entlassenen in Bremerhaven eingerichtet, um ihnen mit Rat und Tat weiter zur Seite zu stehen.

Bremen, 26. Januar. Die Gehilfen der Barbiergeschäfte, denen ein Wochenlohn von 65 Mark bewilligt worden war, sind mit einer neuen Forderung auf 70 Mark hervorgetreten. Da diese nicht bewilligt wurde, sind sie ausständig geworden. Diese neue Lohnregulierung soll zur Folge haben, daß vom 1. Februar ab Rasieren 40 Pfg., Haarschneiden 1,25 Mark kosten werden.

Bremerhaven, 27. Januar. Der Soldatenrat für das Unterwesergebiet in Bremerhaven, der seit kurzem in das Lager der Unabhängigen hinübergeschwenkt ist, hat verfügt, daß Zeitungsnotizen betr. Anwerbung für die Freiwilligen-Abteilung Ost einer Zensur unterliegen. Er ist also anscheinend nicht gewillt, das Befreiungswerk im Osten zu unterstützen. Ferner hat er die Verfügung des Kriegsministeriums über die Kommandogewalt der Offiziere und die Stellung der Soldatenräte im Heere im Unterwesergebiet als nicht maßgebend erklärt. Der Soldatenrat bleibe hier oberste Behörde und regele die vorkommenden Angelegenheiten nicht als beratende, sondern als anordnende Stelle.

Helgoland, 27. Januar. Unter der Führung ihres langjährigen Gemeindevorstandes, des Konsuls Payens, hatten sich die durch den Krieg von ihrer Insel vertriebenen Helgoländer in den letzten Tagen wieder dorthin zurückbegeben, und zwar in der frohen Hoffnung, durch die kommende Sommersaison wenigstens einen Teil ihrer großen wirtschaftlichen Ausfälle durch einen regen Fremdenbesuch wieder hereinzubekommen, zumal die regelmäßigen Fahrten nach Helgoland seitens der Hamburg-Amerika-Linie soeben wieder aufgenommen worden sind. Aber die Helgoländer stehen vor einer schweren Enttäuschung. „Obwohl kein Schuß von Feindes Seite auf die Felsen abgegeben wurde, kein Brite die Insel betreten hat, hat der Krieg seine bösen Wunden geschlagen. Es gibt wenige Häuser auf Helgoland, in denen nicht geraubt und geplündert worden ist!"

Norden, 27. Januar. Der Gasthof „Weißes Haus" ging an den Besitzer der Frisia-Lichtspiele, H. Röhr, für 60 000 Mark über. Es ist beabsichtigt, ein der Neuzeit entsprechendes Kaffee-Restaurant mit dahinterliegendem Lichtspielhause zu errichten. Das Theater wird insgesamt 600 Sitzplätze bekommen.

Papenburg, 27. Januar. Das Projekt, eine Kreis-Kraftstation unter Ausnutzung des Ems-Stauwerks bei Dörpen anzulegen, lebt wieder auf. In Aussicht genommen ist die Versorgung der umliegenden Ortschaften mit elektrischem Strom, auch erwägt man mit Regierungsunterstützung den Bau einer elektrischen Bahn zur holländischen Grenze.

Hannover, 27. Januar. Die Wahl des Parteisekretärs Robert Leinert zum Oberbürgermeister der Stadt Hannover ist von der preußischen Regierung bestätigt worden.

Hannover, 27. Januar. Ueber die praktische Ausbildung der kriegsbeschädigten Bauhandwerker im Dienste der Heimatkunst hielt Geheimrat Stengel einen Vortrag, in welchem er unter anderem ausführte: Kriegsbeschädigtenfürsorge ist im allgemeinen die Fürsorge für unsere heimkehrenden kriegsbeschädigten Krieger, wie sie sich die örtlichen und zentralen behördlichen Fürsorgestellen zur Aufgabe gemacht haben. Dabei gilt es in erster Linie neben der Fürsorge für Genesung und Heilung den Kriegsbeschädigten selbst wieder zu einem berufsfreudigen und berufstüchtigen Menschen zu machen, ihn, soweit es der Grad seiner Kriegsbeschädigung zuläßt, wieder seinem früheren Berufe oder, wo dies nach Lage der Verwundung nicht möglich, ihn einem verwandten oder gar einem neuen, seinen Fähigkeiten entsprechenden Berufe zuzuführen. Daß die Erhaltung in dem früheren Berufe in erster Linie anzustreben ist, bedarf wohl kaum der weiteren Erörterung. Gilt es doch künftig mehr denn je die Lücken in den einzelnen Berufen auszufüllen, die der Krieg mit seinen allgewaltigen Opfern in die Reihen unserer Berufsstände gerissen hat. Wir wissen aber auch, daß dies nicht immer möglich ist und daß der Grad der Verwundung für diese ohne Zweifel richtige Erkenntnis ein ernstes Hindernis bietet, daß, wo die Erhaltung für den früheren Beruf nun einmal nicht erreicht werden kann, Vorsorge zu treffen ist, den Kriegsbeschädigten mit seinen praktischen Fähigkeiten und Kenntnissen einem anderen, verwandten Berufe nutzbar zu machen, oder wo auch dies nicht angängig erscheint, durch eine besondere Ausbildung und Schulung in einen neuen Beruf überzuführen. Selbstverständlich muß bei all diesen Maßnahmen das Wohl und die Zukunft des Kriegsbeschädigten, die Rücksicht auf den künftigen Lebensunterhalt desselben in erster Linie im Auge behalten werden, unbekümmert der Aufwendungen und Mittel, die seitens der Fürsorgestellen zur Erreichung dieser Ziele zu bringen sein werden. Andererseits aber auch kann die Fürsorgestelle sich nicht rein von Wünschen leiten lassen, die der Kriegsbeschädigte zuweilen ohne dringende Veranlassung, lediglich in der Absicht gegenüber seinem früheren Berufe einen leichten Erwerb zu finden, erhebt. Sachkundige Beratungen und Erwägungen werden auch hier das Richtige treffen und durch aufklärende Maßnahmen auch in Zweifelsfällen Einsicht und Einvernehmen schaffen.

Gerichtsverhandlungen.

Kiel, 26. Januar. Die Ehefrau Luzie G. hatte sich wegen Betruges und Unterschlagung vor der Strafkammer zu verantworten. Sie begab sich im Herbst v. J. in ein hiesiges Hotel, gab dort an, die Ehefrau eines Marineoffiziers zu sein und lebte einige Tage herrlich und in Freuden. Das Beste war gerade gut genug, den verwöhnten Ansprüchen zu genügen. Den hohen Anforderungen auf der einen Seite genügte aber auf der anderen Seite der Inhalt des Geldbeutels nicht und die G. nahm daher weitestgehenden Kredit in Anspruch. In wenigen Tagen war die Schuld auf mehrere hundert Mark aufgesummt. Um sich nun auch noch Baargeld zu verschaffen, äußerte die Angeklagte den Angestellten des Hotels gegenüber, sie sei in der Lage, Stiefel ohne Bezugschein aus Posen zu beschaffen, natürlich gegen Vorausbezahlung. In blinder Vertrauensseligkeit wurden ihr auch mehrere Geldbeträge übergeben. Doch sollte gerade dieses Geschäftstreiben der G. zum Verderb werden, da einem Zimmermädchen, welche der Angeklagten ebenfalls Geld für Stiefel gegeben hatte, doch allerhand Bedenken aufstiegen, in erster Linie hervorgerufen durch die wenig gute Bekleidung der G. Vom Hotel mußte die G. nun in Untersuchungshaft wandern. Die Strafkammer verhängte gegen sie eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten.

Landesbibliothek Oldenburg

Vereinigte Theater

Deutsche Lichtspiele

Apollo-Lichtspiele

Infolge des grossen Zuspruches Programmverlängerung bis 30. Januar einschliesslich

In beiden Theatern

Hendrik Ibsen's leidenschaftliches Bekenntnis, das monumentalste und gewaltigste Filmwerk der Gegenwart

PEER GYNT

I. Teil: Peer Gynt's Jugend, Drama in 4 Akten. Musik von Edward Grieg mit den herrlichen Originalgesangseinlagen: Solveigs Lied und Solveigs Wiegenlied.

D. L.
Friedrich Zelnik in
Liebeswirren
(Lache Narr ....)

Infolge des grossen Andranges empfiehlt es sich, die um 5 Uhr beginnende Vorstellung zu besuchen.

A. L.
Max Landa, Detektivschlager
DER TEUFEL

Deutsche Volkspartei

D.-V.-P.

Ortsgruppe Wilhelmshaven - Rüstringen.

Mittwoch, den 29. Januar 1919, 8 Uhr abends, Zimmer 24 Gewerbeschule:

Vorstands- u. Ausschußsitzung.

Neu eröffnet! Neu eröffnet!

Tanz-Palast

Groß-Rüstringen

Ecke Bremer- und Grenzstrasse.
— — Fernruf 855. — —

Einzig dastehendes Unternehmen am Platze

Jeden Abend Anfang 8 Uhr:
Auftreten berühmter Tanzkräfte u. Sänger.

Varieté Gross-Rüstringen

Jeden Abend Anfang 7 Uhr:
Der glänzende Januar-Varieté-Spielplan
und Budapester Possen mit Franz Kaiser.

Empfehlen unsere
ff. Rot- und Weißweine.
Zum Ausschank gelangen
ff. Rot- und Weissweine in Karaffen und Gläsern,
Tee, Kaffee, Chokolade,
Glühwein. Bowle.

Der Tanz-Palast steht Vereinen, Klubs u. Gesellschaften zur Abhaltung von Festlichkeiten jeglicher Art nach Uebereinkunft zur Verfügung. **Die Direktion.**

Reichswerft.

Nachdem der Grund für die Stillegung der Werft durch Unterdrückung der Spartakusunruhen fortgefallen ist, wird die Arbeit auf der Werft fortgesetzt.

Oberwerftdirektor.
gez.: Engel.

Vereinigte Lichtspiele
CVK

Spielplan v. 28.-30. Januar — Spielplan v. 28.-30. Januar

COLOSSEUM-LICHTSPIELE

Das 2. Abenteuer unserer **Union-Detektiv-Serie: Fantasien des Aristide Caré:**

Die drei -:- -:- van Hells

Spannende Detektiv-Komödie in 3 Akten.

Bruno Karstner,
der geniale und beliebte Schauspieler, in seinem ersten Film unserer Serie 1918-19

Der Schwur

Schauspiel in 4 Akten. — In den Hauptrollen:
Bruno Karstner — Käte Haack.

Anna Müller-Linke, die Urkomische in ihrem neuesten Lustspiel

Anna verlobt sich!

Lustspiel in 2 Akten.
Anna Müller-Linke in der Hauptrolle

K-A-M-M-E-R-LICHTSPIELE

Der 2. Film unserer **Joe Deebs**-Serie 18-19

Die Ratte

Detektiv-Sensation in 4 Akten mit dem berühmten **Joe Deebs** in der Hauptrolle.

Paul Heidemann, der Urkomische, in seinem 3. neuesten Film:

Vater wider Willen

Köstliches Lustspiel in 3 Akten.
Hauptrolle u. Spielleitung **Paul Heidemann**

Romeo u. Julia

Lustspielschlager ersten Ranges in 1 Akt.

VIKTORIA-LICHTSPIELE

ROONSTRASSE 17 — ROONSTRASSE 17

Zügelloses Blut
Filmspiel in 5 Akten

Scharmützel in d. Küche
Reizendes Lustspiel in 3 Akten.

Interessante Naturaufnahmen von Gera

Gasthof Zum deutschen Hause.

Täglich abends 7 Uhr:
Großes Hippodrom- u. Reitvergnügen
für Damen, Herren und Kinder.

Große Volksbelustigungen.

Um zahlreichen Besuch bittet
Adolph Weiss.

Musikschule Max Rimbach

Metzerweg 4, Telephon 979.

Unterrichtsfächer:
Violine, Klavier, Harmonium, Mandoline, Laute, Guitarre.

Annahme neuer Schüler jederzeit.

Verkauf von Schüler- und Meister-Violinen, einigen Mandolinen, 1 Laute, 1 Guitarre.

Trauerbriefe
fertigt an die Buchdruckerei des „Tagebl."
TH. SUSS, Kronprinzenstr. 22

Kursus der Tanzkunst und der Anstandslehre

Privat-Akademie Börsenstr. 78, Tel. 841.

Der Fortbildungsunterricht für Damen und Herren meiner früheren Kurse beginnt am Dienstag, den 4. Februar, abends 8½ Uhr.
Gefl. Anmeldungen erbeten Börsenstraße 78.

Frau Balletmeister A. Schulz.

Nachruf!

Am 25. Januar, vormittags 10¼ Uhr, verstarb nach langem, schwerem Leiden im Alter von 39 Jahren unser außerordentliches Mitglied, der Drogeriebesitzer, ehemaliger Sanitäts-Vizefeldwebel

Hans Bruchhausen

Die Vereinigung verliert mit ihm einen allgemein beliebten und geschätzten Kameraden, einen eifrigen Förderer unserer Sache.

Sein früher Tod wird von uns aufs Tiefste betrauert. Ein bleibendes, ehrendes Andenken ist ihm in unser aller Herzen gesichert.

Wilhelmshaven, den 23. Januar 1919.

Vereinigung der Sanitäts-Unteroffiziere der Nordseestation.

Der Vorstand.

Adler-Theater.
Direktion: Karl Arnold.

Auf vielseitigen Wunsch
am 29., 30. und 31. Januar
Wo die Lerche singt.

Rauchen verboten!

Prinzeß-Stoffarbe
Wenzel's Seifengeschäfte,
Marktstraße 55.
Göterstraße 55.

Marineverein Rüstringen.

Am 25. d. Mts. verstarb nach langer, schwerer Krankheit unser langjähriger Vereinskamerad

Herr Wilhelm Brandt

Der Verstorbene hat seit Bestehen des Vereins demselben in treuer Pflichterfüllung angehört. Sein Andenken wird von uns stets in Ehren gehalten werden.

Zur Beerdigung versammeln sich die Kameraden am Mittwoch, den 29. d. M., um 1.30 Uhr, im Vereinslokal.

Der Vorstand.

Todesanzeige.

Nach schwerem Leiden verschied sanft und ruhig am 25. Januar 1919 meine liebe treue Frau, unsere herzensgute Mutter, Schwieger- und Großmutter

Frau Anna Robbers
geb. Helmers

im Alter von 59½ Jahren. Um stille Teilnahme bitten

Wilhelm Robbers
nebst Kindern
und Anverwandten.

Neuende, d. 28. 1. 19.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 30. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Aldenburger Friedhofes aus statt.

Verlag, Schriftleitung und Druck von Th. Süß, Wilhelmshaven, Kronprinzenstraße 22.

Hierzu eine Beilage.

Landesbibliothek Oldenburg

Bestellungen

auf das „Wilh. Tagebl.", das nach der gewaltsamen Unterdrückung seinen alten Leserkreis vollzählig wieder erhalten und manchen Freund neu gewonnen hat, werden für den

Monat Februar

schon jetzt in der Geschäftsstelle, sowie von unseren Austrägern entgegengenommen.

Die Geschäftsstelle.

Nationalvermögen und Kriegsentschädigung.

Von einem Frieden ohne Annexionen und Entschädigungen spricht jetzt kein Mensch mehr. Als wir noch das militärische Uebergewicht hatten, prallten die Meinungen über die Zweckmäßigkeit der Forderung von greifbaren Sicherungen und Entschädigungen für den Fall eines Sieges so hart aneinander, daß der innere Friede davon erschüttert wurde. Jetzt, da die Entente den Sieg fest in der Hand hält, zeigt sich drüben kaum eine Spur von Opposition gegen eine Zerschmetterungspolitik krassester Art. Wilsons Stellungnahme und Einfluß ist noch nicht ganz geklärt, aber auch er könnte bestenfalls eine geringfügige Milderung der englischen und französischen Forderungen erwirken, die vielleicht absichtlich, im Hinblick auf Amerikas Einwirkung, so hoch geschraubt werden. In Deutschland hat man sich schon mit der traurigen Tatsache abgefunden, außer den eigenen, unendlich schweren Kriegslasten, die durch das Wirken der revolutionären Gewalten noch fortwährend vermehrt werden, auch noch die der Feinde zum größten Teil tragen zu müssen, und findet es schon tröstlich, wenn englische Staatsmänner eine Grenze der Forderungen in der Leistungsfähigkeit des deutschen Nationalvermögens erblicken! Ein allmähliches Zurückschrauben des deutschen Wirtschaftlebens auf das eines Agrarstaates mit schwacher, nur für den Inlandsmarkt arbeitender Industrie, also etwa auf die Zeit vor der Reichsgründung, würde sehr bedeutende Kapitalien freimachen, die, von unseren Feinden in irgendeiner Form erfaßt und ins Ausland abgeleitet, eine gewaltige Kriegsentschädigung darstellen würden. Man ist ja heute viel feiner und braucht solche Operationen gar nicht in Zahlen auszudrücken. Es mag sehr wohl sein, daß die geforderte Barentschädigung unserer Feinde gar nicht so hoch ausfallen wird. Man tut aber gut, sich nicht dadurch täuschen zu lassen, sondern die finanziellen Folgeerscheinungen unserer Niederlage, der Revolution, der ersten Einfuhren aus dem Auslande, kurz unserer gegenwärtigen Lage, fest im Auge zu behalten und bei den Verhandlungen über Entschädigungen laut und vernehmlich aufzurechnen.

Die Niederknüttelung unserer Industrie, welche die Vorbedingung für das Flüssigwerden der geheimen Kriegsentschädigung ist, wird am einfachsten erreicht durch die Sperrung der Rohstoffzufuhr bei gleichzeitiger Ueberschwemmung des deutschen Marktes mit preiswerten Fertigwaren: der Grundgedanke des Wirtschaftskrieges. Wenn sich auch im Lager unserer Gegner Stimmen vernehmen lassen, die den Wirtschaftskrieg verurteilen, weil sie glauben, auf die Produkte der deutschen Industrie ohne Schaden für das eigene Wirtschaftsleben nicht verzichten zu können, so darf man doch nicht übersehen, daß während des Krieges in allen feindlichen Ländern Industriezweige zur Blüte gelangt sind, die sich gegen die deutsche Konkurrenz niemals hätten heraufarbeiten können, z. B. die chemische Industrie in Frankreich, England, Amerika. Bei starkem Zollschutz ist es jetzt durchaus möglich, daß diese Neugründungen den Inlandsbedarf ihrer Länder decken, ja mit der Zeit sogar auf den Auslandsmärkten konkurrenzfähig auftreten; ebenso wie wir hoffen, durch einige unserer Kriegsschöpfungen, z. B. durch die Stickstoffabriken, vom Ausland unabhängiger zu werden. Unsere auf Ausfuhr angewiesenen Industrien sind also in Lebensgefahr, die durch die unsinnigen Forderungen der Revolution noch verschärft wird. Mit ihrem Untergang würde der deutschen Volkswirtschaft ein schwerer Stoß versetzt, große Kapitalien frei werden und wahrscheinlich ins Ausland abwandern.

Noch verhängnisvoller würde eine starke Abwanderung von Arbeitskräften sein, mit der wir als Folgeerscheinung unseres Niederbruchs fraglos rechnen müssen. Die menschlichen Arbeitskräfte sind der wertvollste Bestandteil des deutschen Volksvermögens. Alle Hoffnungen auf den Wiederaufbau Deutschlands gründen sich auf die lebendige Kraft, die Deutschland groß gemacht hat. Freilich sind es der Fleiß, die Zuverlässigkeit und Anspruchslosigkeit des Deutschen im Auslande auch wieder gewesen, die ihn zum unbeliebten Konkurrenten machten. Drum ist nur zu gut zu verstehen, daß die Feinde versuchen werden, gerade die Arbeitskraft des deutschen Volkes vernichtend zu treffen. Müssen wir außer den schweren Folgen des Krieges auch noch eine starke Auswanderung ertragen, so schwindet jede Hoffnung auf die Wiedergeburt des Reiches.

Die neutralen Staaten, insbesondere Holland und die Schweiz, treffen jetzt schon Maßnahmen, um sich gegen den Strom deutscher Abwanderer zu schützen, England hat wiederholt erklärt, daß es dem deutschen Kaufmann und Arbeiter nicht wieder freistehen solle, in England selbst den britischen Konkurrenten zu schädigen. Dagegen braucht Frankreich Lohnsklaven zum Wiederaufbau seiner verwüsteten Provinzen, Amerika und die britischen Dominions in Uebersee werden deutsche Arbeitskräfte gern aufnehmen; denn es ist eine nicht zu leugnende Tatsache, daß man den Deutschen bis aufs Blut peinigen und ausnutzen kann — er bleibt doch immer geneigt, sein Deutschtum aufzugeben, um schließlich ganz von dem fremden Herrenvolke aufgesogen zu werden.

Fürst Bülow erklärt unsere Flotten- und Welthandelspolitik der letzten Jahrzehnte mit der Notwendigkeit, Deutschland seine Menschenkräfte zu erhalten. Wir waren die stärkste Großmacht und konnten unsere Politik nach eigenem Ermessen einrichten. Jetzt sind wir schwach, müssen unsren Nacken vor dem Willen der Sieger beugen und haben trotzdem mehr Ursache denn je, unsere Volkskraft im Lande zu halten, und zwar nicht nur die Handarbeiter, sondern vor allen Dingen die Intelligenz. Eine große Zahl unserer Gebildeten ist durch Krieg und Revolution brotlos geworden, eine noch größere glaubt in dem Deutschland der Revolutionsherrschaft ein lebenwertes Dasein nicht mehr finden zu können — und zwar nicht gerade die Schlechtesten. Sie müssen Deutschland erhalten bleiben. Immer und immer wieder muß ihnen begreiflich gemacht werden, daß auch einmal wieder bessere Zeiten kommen, daß ihrer im Auslande keineswegs das Paradies wartet. Keiner darf seinen Posten verlassen, auf dem ihn das Vaterland jetzt nötiger hat, als je zuvor; keiner gehe seiner selbst willen außer Landes, der nicht eine gesicherte Stellung im Auslande fest in der Hand hat, und der sich nicht stark genug fühlt, inmitten eines fremden Volkes, das alles Deutsche mit Haß und Abscheu betrachtet, hocherhobenen Hauptes als Deutscher sich zu bekennen.

Werner v. Heimburg.

Ausführungsbestimmungen zum Demobilmachungsbefehl über Entlassungen und Zurückbehaltungen bei der Marine.

1. Soweit Sicherheits-, Kranken-, Arbeitsdienst, Gefangenenbewachung sowie Durchführung und Abwickelung der Demobilmachungsgeschäfte es zulassen, sind alle Marinemannschaften des Beurlaubtenstandes und die vor dem 1. April 1917 eingetretenen Dienstpflichtigen bis zum 31. Januar 1919 zu entlassen. Wer sich der Entlassung entzieht, gilt mit dem 31. Januar 1919 als entlassen.

2. Von der Entlassung sind alle Dienstpflichtigen einschl. der zum einjährigfreiwilligen Dienst Berechtigten auszuschließen, die am 1. April 1917 und später eingestellt sind, das heißt alle Marineangehörigen, die am 1. Januar 1919 21 Monate und weniger aktiv gedient haben. Die Entlassung der nach dem 1. April 1917 eingetretenen Dienstpflichtigen erfolgt nach Beendigung ihrer gesetzlichen dreijährigen Dienstpflicht, sofern sie nicht vorher entbehrlich werden oder begründete Reklamation auf Grund häuslicher Verhältnisse vorliegt.

3. Dienstpflichtige mit 21monatiger oder geringerer aktiver Dienstzeit, die ordnungsmäßig mit Militärpaß oder behelfsmäßig mit Entlassungsschein oder vorläufigem Entlassungsschein bereits entlassen sind, sowie die zur Beschäftigung in der Kriegswirtschaft vorzeitig Entlassenen, bleiben entlassen. Die Bezirkskommandos werden solche vorzeitig Entlassenen nicht wieder zu den Stamm-Marineteilen beordern oder zwecks Ableistung des Restes ihrer Dienstzeit ausheben.

4. Die Kapitulanten und die Freiwilligen (einschließlich ausgehobener noch nicht Militärdienstpflichtiger, die aber freiwillig weiterdienen wollen) sollen nur auf ihren Wunsch entlassen werden.

5. Freiwilliges Verbleiben ausgedienter Mannschaften bei den Stamm-Marineteilen ist zulässig:

a) nach Maßgabe der örtlichen militärischen Bedürfnisse,

b) für Mannschaften, die im bürgerlichen Leben trotz eifrigen Bemühens noch keine Erwerbsgelegenheit gefunden haben, sofern sie auf eine solche zu ihrem Lebensunterhalt angewiesen sind.

Das freiwillige Verbleiben soll — wie bei den im Dienst Zurückbehaltenen — längstens 4 Monate bis zum 31. März 1919 dauern.

6. Wegen Zurückbehaltung von Angehörigen des Beurlaubtenstandes und solcher Dienstpflichtiger, die zwar noch nicht ausgedient haben, die aber nach vorstehender Ziffer 1 entlassungsreif sind, sowie einzelner Landsturmpflichtiger, ist bestimmt worden:

a) ohne Rücksicht auf Jahrgang und Dienstzeit dürfen Mannschaften bis zur Erfüllung der eingangs erwähnten Aufgaben (Sicherheitsdienst usw.) zurückbehalten werden. Zum Sicherheitsdienst usw. gehört auch der Minensuch- und Räumdienst. Zu diesem Dienst dürfen auch solche entlassungsreifen Leute zum Weiterdienen zugelassen werden, die sich freiwillig auf Grund der demnächst bekanntzugebenden finanziellen Bedingungen hierzu verpflichten. Diese Leute werden durch das Weiterdienen nicht Kapitulanten.

b) Bei Auswahl der Zurückzubehaltenden sind die volkswirtschaftlichen, zivildienstlichen und persönlichen Interessen zu berücksichtigen. Einer Einverständniserklärung der Betreffenden bedarf es nicht. Personen, die aktive Reichs-, Staats- und Gemeindebeamte sind oder deren Entlassung aus volkswirtschaftlichen Gründen dringend nötig ist, sind sobald als möglich ihren Behörden zur Verfügung zu stellen. Im übrigen entscheidet die Länge der Dienstzeit. Mannschaften der Seewehr sind möglichst nicht zurückzubehalten; Mannschaften des gedienten Landsturms sollen nur ganz ausnahmsweise zurückbehalten werden.

c) Mannschaften, die dauernd Arbeitsdienst leisten, unterliegen in Bezug auf ihre Entlassung denselben Bestimmungen, wie alle übrigen Mannschaften. Soweit unbedingt erforderlich, müssen aber diese Personen in ihren Stellen verbleiben, so lange sie nicht entbehrlich sind oder nicht ersetzt werden können. Sie dürfen aber in diesem Falle aus Billigkeitsgründen auf Grund eines Arbeitsvertrages als freie Angestellte behandelt werden.

7. Die Dauer der Zurückbehaltungen zur Durchführung und Abwickelung der Demobilmachung ist dahin begrenzt, daß Mannschaften bis zu 4 Monaten zurückbehalten werden dürfen. Darüber hinaus unterliegen Zurückbehaltungen im Dienst der Genehmigung des Staatssekretärs des Reichs-Marine-Amts. Als erster Tag der Zurückbehaltung im Dienst gilt der 1. Dezember 1918.

8. Die nach Vorstehendem zur Fortsetzung des Dienstes Verpflichteten haben sich schleunigst zu ihren Stamm-Marineteilen zu begeben, soweit sie nicht als Landeskinder Bayerns, Württembergs oder Sachsens vorerst in geschlossenen Marine-Kompagnien bei bayerischen, württembergischen oder sächsischen Truppen zur Verfügung der Marine zusammengehalten werden.

Die Mannschaften des Beurlaubtenstandes und die vor dem 1. April 1917 eingetretenen Dienstpflichtigen, die weder ordnungsmäßig mit Militärpaß noch behelfsmäßig mit Entlassungsschein oder vorläufigem Entlassungsschein entlassen sind, haben sich zur Durchführung der Entlassung beschleunigt an die nächstgelegenen Marine-Entlassungsstellen (Marineteil, Schiffskommando, Entlassungsbüro) zu wenden.

Sowohl die „behelfsmäßige" wie die „ordnungsmäßige" Entlassung bedeutet die endgültige Entlassung, die spätere Aushändigung des Militärpasses darf nur gegen Rückgabe des Entlassungsscheins bezw. vorläufigen Entlassungsscheines erfolgen; etwaige Vermerke auf dem Entlassungsschein bezw. vorläufigen Entlassungsschein über die Aufnahme in die kommunale Lebensmittelversorgung sind in den Militärpaß zu übertragen.

Marine.

Die deutschen Marineangehörigen in England.

— **Berlin, 27. Januar.** Ueber die Behandlung unserer Marine-Angehörigen teilt ein Heimgekehrter den „K. N. N." folgendes mit: Die deutschen Schiffe liegen in der Einsamkeit, in der mehr als vier Jahre lang der Hauptteil der englischen Flotte von der Welt abgesperrt gehalten wurde, um sie keinen Einflüssen von außen auszusetzen, in drei Gruppen eingeteilt. Sie werden ständig durch einen englischen Kreuzer umkreist. Jeder Verkehr, auch Signalverkehr, zwischen den deutschen Schiffen ist verboten. Nur das Admiralitätsboot darf täglich eine Stunde ausgesetzt werden. Nachts müssen die deutschen Schiffe durch besondere Lichter kenntlich gemacht werden. Wenn das Post- oder Lebensmittelschiff aus Deutschland kommt, übernimmt ein englisches Verkehrsboot die Sendung, bringt sie aufs deutsche Flaggschiff und wenn dort die Verteilung geregelt ist, auf die einzelnen Schiffe. Frischwasser liefern die Engländer ebensowenig wie Lebensmittel: dabei erfordert die Herstellung von Frischwasser an Bord sehr viel Kohlen. Kohlen aber liefern die Engländer nur 400 To. für einen verhältnismäßig langen Zeitraum. Diese Kohlen müssen an einem Tage übernommen werden. An der Uebernahme der Kohlen arbeiten dann die Besatzungen zweier deutscher Schiffe zusammen. Ist infolge stürmischen Wetters nicht die gänzliche Uebernahme der 400 Tonnen an einem Tage möglich, so fährt das Kohlenboot ab, die 400 Tonnen müssen trotzdem bezahlt werden und Kohlen gibt es nicht wieder vor Ablauf der vorgesehenen Frist. Peinlich achten die Engländer an Hand von Listen darauf,

---

Verfemt.

Roman von Anny Wothe.

(16 Fortsetzung.) (Nachdr. verboten.)

18. Kapitel.

Jen und die beiden Schwestern hatten dann einen köstlichen Tag zusammen auf der Wartburg verlebt. Der Burgvogt hatte sie überall herumgeführt, durch alte Gemächer, Gänge und Winkelchen hatten sie gespäht, und überall war ein Stück Sage, ein Stück Geschichte vor ihnen aufgelebt. Dann hatte Hansi in dem hübschen Erker gelehnt und in der uralten Lutherbibel gelesen:

„Der Mensch ist in seinem Leben wie Gras, er blühet wie eine Blume auf dem Felde. Wenn der Wind darüber weht, so ist sie nimmer da und ihre Stätte kennet sie nicht."

Sie hatte die Worte halblaut gelesen, und ihre junge Stimme hatte seltsam bei den Worten gezittert, so daß Jen ihr besorgt in das rosige Antlitz sah, und Aga leise bangend aufhorchte, aber Hansi klappte lachend die Bibel zu und sprang die Stufen des Erkers hinab, schnell in den Margarethengang flüchtend.

„Es ist mir hier zu ernsthaft", sagte sie, sich schüttelnd, „ich möchte heute so von Herzen lachen und glücklich sein."

Und dann hatten sie lange auf dem Burghofe in dem kleinen Kommandanten-Gärtchen ausgeruht, in der stillen, nach dem Hof hin völlig geschlossenen Geisblattlaube, und Ausschau gehalten weit in das Land hinein.

Die Dämmerung hatte ihre Schleier gewebt, durchwirkt von Rosen, welche die scheidende Sonne hineinstreute, und dann war es dunkel geworden, ganz dunkel. Das große Tor der Burg hatte sich geschlossen, und alles war schlafen gegangen. — Nur der gleichmäßige Schritt der Wache klang von der Zugbrücke her durch die Nacht.

Sie hatten heute Abschied voneinander genommen, die drei Menschen, die der Zufall hier oben zusammengeführt. Jen Nielsen, der ganz zufällig im Vorüberfahren auf die Idee gekommen war, die Burg zu besichtigen, wurde schon seit zwei Tagen vergeblich in Frankfurt erwartet, wo eine Zusammenkunft ihm bekannter Gelehrter tagen sollte, die eine neue Expedition nach Indien ausrichten wollten. Er konnte nicht länger bleiben, und so hatte er denn den beiden Mädchen schweren Herzens Lebewohl gesagt, weil es ihm war, als drohe Hansi eine Gefahr, als müsse er sie vor irgend etwas Bösen behüten und bewahren.

Seltsam, wie sich dieses blonde, naive Kind so schnell in sein Herz geschmeichelt. Aga bewunderte und verehrte er, aber dieses kleine, blonde Geschöpfchen war ganz dazu angetan, ihm den Kopf zu verdrehen, ihm, der sonst den Weibern immer so kühl und skeptisch gegenübergestanden hatte.

Immer wieder hatte er das Händchen der Kleinen zum Abschied an seine Lippen geführt, und ihr zärtlicher Abschiedsblick, mit dem sie ihn ermuntert an sein Versprechen zu denken, hatte ihm das Blut ins Gesicht getrieben.

Und nun schlief alles im Hause und in der Burg, nur Jen wälzte sich halb angekleidet schlaflos auf seinem Lager.

Doch nein, es schlief nicht alles. Die große Turmuhr schlug gerade Mitternacht, da knarrte leise die enge Tür, die auf den Altan führte, und eine schlanke, in einen Mantel gehüllte Frauengestalt glitt lautlos bis zu der schmalen Brüstung. Dort blieb sie gespannt lauschend stehen und spähte in den kleinen Hof hinab, dessen von wildem Grün umwucherte Mauer an den Altan stieß.

Nichts regte sich. Hansi erschauerte leise. — Fester zog sie den Mantel zusammen, der sich im Nachtwinde flatternd hob.

Ein dumpfes Gefühl der Verzweiflung packte sie. Wenn sie nun vergebens gekommen war?

Da, endlich ein leises Regen. Behende kam es wie eine Katze die Mauer hinauf. Hansi stockte der Atem. Wenn es ein Fremder war? Wenn sie hier blindlings allen Gefahren preisgegeben war? Niemand würde sie hören, niemand konnte sie sehen. Die Nacht war dunkel. Nur von der Burgvogtei schimmerte ein einzelnes Licht hernieder.

Schon wandte sie sich, um ins Haus zu flüchten, da traf ein einziger zärtlicher Laut ihr Ohr.

„Hansi!" klang es durch die Nacht. „Hansi!" Mit ein paar Schritten war sie am Geländer, und in demselben Augenblick schwang sich eine dunkle Gestalt über die Brüstung des Altans.

Wortlos lag Hansi in Nordkirchs Armen. — „Du Geliebter, Du Einziger!" jubelte sie zwischen Lachen und Weinen.

„Du Närrchen", sagte er zärtlich, und zog das junge Geschöpf enger an sich, „und so schwer hast Du es mir gemacht, zu Dir zu kommen? — Wochenlang, monatelang suchte ich Deine Spur vergebens, und als ich sie endlich gefunden und es möglich machte, Dir schriftlich von mir Kunde zu geben, da warst Du so zaghaft. Nicht mal die kleinste Gunst, ein einziges Wiedersehen wolltest Du mir gestatten, wo ich mich in Leidenschaft und Sehnsucht nach meinem süßen Lieb fast verzehrte."

Hansi lauschte entzückt Nordkirchs Schmeichelworten. Ja, das war die Sprache der Leidenschaft. So schön fand es auch immer in den Büchern, die sie alle kannte, und Nordkirchs Nähe berauschte und bezauberte sie, trotzdem eine heimliche Angst, wenn sie an Aga dachte, ihr die Kehle zuschnürte.

„Ich hatte so unbeschreibliche Sehnsucht nach Dir", sagte sie, sich enger an ihn schmiegend, „ich glaubte, sterben zu müssen ohne Dich, nun Du da bist, ist diese Todesangst noch immer nicht geschwunden. Mir ist, als müßte ich Dich verlieren, als dürften wir uns nie, nie angehören."

Graf Nordkirch küßte Hansi heiß auf den roten Mund. „Du süßes", sagte er zärtlich, „Du fühlst nur, daß wir unweigerlich zueinandergehören, und daß uns nichts trennen kann."

„Doch", sagte Hansi, unwillkürlich mit der Hand über ihre Lippen streifend, auf denen sein heißer Mund geruht. „Doch, Aga trennt uns jetzt grausam ohne jeden Grund."

„Sie wird uns immer trennen", entgegnete Nordkirch grollend.

„Du glaubst nicht, daß sie nach Jahresfrist ihre Zustimmung gibt?"

„Nein, niemals!"

„Aber was soll dann werden?" schluchzte Hansi verzweifelt auf, „dann ist ja alles aus und vorbei!"

„Liebes, Kleines, Törichtes", flüsterte Nordkirch leidenschaftlich, und seine Lippen suchten wieder die ihren, „wir müssen sie zwingen."

„Aber wie", entgegnete Hansi ängstlich, sich zitternd an seine Brust schmiegend.

„Wir müssen ihr mit Tatsachen kommen, Kind. Sind wir erst verheiratet, dann kann sie uns nicht mehr trennen, und wenn sie uns glücklich sieht, dann wird sich Aga in die Verhältnisse fügen."

„Nein, nein", schluchzte Hansi, „das wäre ja Betrug. Das würde uns Aga nie verzeihen. O, Du weißt nicht, wie groß und gut sie ist, aber das kann sie nie vergeben."

Wieder küßte Graf Nordkirch die zitternde Kleine und unter Liebkosungen und zärtlichen Worten wurde sie endlich ruhiger.

„Was soll ich dann tun?" fragte sie weinerlich, und vor Kälte und Erregung zusammenschauernd.

„Nichts, Liebling, als mir folgen. Sieh, wenn Du ein wenig Mut hast, so steigst Du jetzt den Weg herab, den ich heraufgekommen bin. Mit meiner Hilfe geht es leicht. Am Ende des Hohlweges wartet mein Wagen, der entführt uns sicher, und ehe der Tag graut, können wir weit, weit sein, um uns niemals wieder zu trennen."

„Nein, nein", wehrte Hansi, „Du bist entsetzlich. Ich kann, ich darf nicht. Es wäre Unrecht, und das darf ich nicht tun."

„So bleibe", sagte Nordkirch kalt, und schob die zarte Gestalt brüsk von sich.

„Du bist mir böse, Horst?" fragte sie schluchzend. „Habe doch Mitleid mit mir, ich kann ja nicht."

„Hast Du denn Mitleid mit mir?" brach er leidenschaftlich los. „Nein, Du redest immer von Pflicht, aber die Pflichten, die Du gegen mich hast, die siehst Du nicht. Dir ist das natürlich ganz gleich, wenn ich eines Tages mit durchschossener Stirn daliege, nur weil ich nicht leben konnte ohne Dich, Du mein Alles, mein Heißgeliebtes, mein Einziges!"

Er hatte sie wieder in seine Arme gerissen und ihr Gesicht mit glühenden Küssen bedeckt. —

„Leb' wohl", hauchte er leidenschaftlich, „leb' wohl, mein einziges Glück."

„Horst, sei barmherzig, Horst, geh nicht, ich folge Dir ja, wohin Du willst, aber bitte nicht totschießen, bitte, bitte."

Er zog das blonde Köpfchen an sich. „So komm", sagte er feierlich. „Von dieser Stunde an mein geliebtes, mein angebetetes Weib. — Weißt Du, wohin ich Dich führen werde?"

„Es ist mir ganz gleich", entgegnete Hansi, „ich gehe überall mit Dir."

„Ich werde Dich nach Berohausen bringen, das ist Dir doch das Liebste, nicht?"

„Zu wem? fragte Hansi mit strahlendem Lächeln, „aufs Schloß?"

„Nein, Kind, das läßt sich nicht gut tun, aber in die Oberförsterei, da bist Du doch immer so gern gewesen, und der gute, alte Pastor, der Nachfolger Deines Vaters, der soll den Segen über uns sprechen. Ist es Dir so recht, mein Lieb?"

Und Hansi nickte still, und überstieg an seiner Hand sicher die Brüstung, und glitt an der Mauer hernieder. Nicht ein Blick flog zur Tür zurück, hinter der die Schwester friedlich schlummernd lag.

Lautlos glitten die beiden Menschen wie Schatten dahin. Jetzt war der Hohlweg erreicht. Dumpf hallten auf den großen Steinen ihre Schritte.

Leise wieherten die Pferde bei ihrem Nahen. Hansis Herz klopfte ängstlich. Jetzt kündete die Turmuhr dumpf und schwer die erste Stunde nach Mitternacht.

„Laß mich", schrie Hansi plötzlich auf. „Ich kann — ich will nicht. Jen Nielsen, komm und hilf mir doch!"

Aber Graf Nordkirch hatte schon mit kräftigem Arme die zarte Gestalt umfaßt und in den Wagen gehoben.

„Fahr zu", rief er dem Kutscher zu, und die Pferde flogen dahin, daß die Funken stoben.

Zur selben Stunde sprang Jen Nielsen vom seinem Lager empor.

„Mir war es fast, als hörte ich Grabgeläute", sagte er dumpf, „und dabei war es wohl die alte Uhr, die so schauerlich schlug."

Er trat ans Fenster. Alles war in Nacht gehüllt. Kein Stern am Himmel — kein Licht. Nur ganz fern im Osten, da zog mit langsamem Dämmerschein der neue Tag herauf. Unwillkürlich flog ihm ein alter Wartburgspruch durch die Seele, und er flüsterte ihn immer wieder vor sich hin:

Das Band wohl niemand findet,
Das die Gedanken bindet."

Ja, Walter von der Vogelweide hatte recht. Wer konnte ihm wehren, daß seine Gedanken weithin schweiften in das Reich der Phantasie zu einem schönen, holden Kinde, das ihm wie ein Märchentraum am Wege erblüht war.

Er ahnte nicht, daß zur selben Zeit schnaubende Rosse sein blondes Glück weit hinweg führten in unbestimmte trügerische Fernen.

(Fortsetzung folgt.)

Landesbibliothek Oldenburg

daß niemand ohne ihre Zustimmung in die Heimat zurückkehrt.

Noch immer die U-Bootsfrage.

— Berlin, 27. Januar. In einer Auseinandersetzung mit Kapitän z. S. Vanselow stellt Graf Reventlow in der „Deutschen Tageszig." folgendes fest: „Die englische Forderung ist aufrechterhalten worden, daß eine bestimmte Anzahl deutscher im Bau befindlicher U-Boote weiter gebaut werden solle, um dann bei einem gewissen Grade der Fertigstellung von den Engländern übernommen zu werden. Der deutsche Protest hat nur erreicht, daß diejenigen im Bau befindlichen U-Boote, welche die Engländer nicht haben wollen, anstatt zerstört zu werden, „zurückgebaut" werden dürfen; ferner daß diejenigen U-Boote, welche die Engländer haben wollen, nach ihrer Fertigstellung von den Engländern geholt, nicht deutscherseits hinübergebracht werden. Es bleibt mithin als eine der Forderungen des unterzeichneten Vertrages bestehen, daß eine von der englischen Kommission willkürlich bestimmte oder willkürlich weiter zu bestimmende Anzahl deutscher U-Boote auf den deutschen Werften ganz oder annähernd vollendet werden soll. — für die Engländer. Die Sache wird noch ungeheuerlicher, wenn man bedenkt, daß diese im Bau befindlichen U-Boote noch gar nicht in Staatsbesitz übergegangen sind, sondern Privatbesitz der betreffenden deutschen Firmen bilden, bis sie vom Staate bezw. der Marine abgenommen worden sind."

Das amerikanische Flottenbauprogramm.

— Hamburg, 27. Januar. Der amerikanische Marinesekretär Daniels hatte sich im Flottenausschusse des Repräsentantenhauses in Washington über die Bedeutung des Schiffbauprogramms ausgesprochen. Er erklärte, die Annahme des Programms durch den Kongreß werde dazu beitragen, die Stellung der amerikanischen Vertreter auf der Friedenskonferenz zu stärken. Er empfahl Neubauten an Schlachtschiffen, Kreuzern und kleineren Schiffen in einem Umfange, der die amerikanische Flotte der britischen vollkommen gleichwertig machen würde. Daniels teilte mit, daß Präsident Wilson das dreijährige Bauprogramm nach Abschluß des Waffenstillstandes gebilligt habe. Falls sich jedoch die Friedenskonferenz zugunsten einer Verminderung aussprechen würde, so könnten die amerikanischen Baupläne leicht verändert oder überhaupt eingestellt werden. Daniels erklärte, das Repräsentantenhaus könne durch nichts Amerikas Stellung auf der Friedenskonferenz mehr stärken, als durch die Annahme des Flottenbauprogramms. Wilson, mit dem er wiederholt über die Frage gesprochen habe, dringe ernstlich auf Annahme des Programms, weil nichts in der Welt ihn auf der Friedenskonferenz so stützen würde, als dessen schnelle Erledigung durch den Kongreß. Falls etwa die Friedenskonferenz für eine Verständigung über einen Abrüstungsplan versagen sollte, dann würden alle beteiligten Länder wissen, daß die Vereinigten Staaten doch die mächtigste Marine der Welt haben müßten, um ihre Mission des Schutzes der kleinen Nationen und der Aufrechterhaltung der Freiheit der Meere durchzuführen. Daniels wies darauf hin, daß Amerika unvergleichlich reich und stark an natürlichen Hilfsquellen sei, es könne daher auch unvergleichlich stark in der Verteidigung gegen Angreifer und im Angriffe gegen Missetäter sein. Wenn es also sein müßte, dann würde Amerika seine ganze Energie, der größten Flotte der Welt einsetzen. England ist nun nicht mehr auf Vermutungen über den Zweck des amerikanischen Flottenbauprogramms angewiesen: es kennt nun diesen Zweck aus den Erklä- seine Arbeitskraft und seine Mittel an die Schaffung rungen von berufener amtlicher Stelle. Wilson stellt an den britischen Nationaldünkel eine harte Zumutung: den Verzicht auf die Rolle als erste Seemacht der Welt. Aber es gibt tatsächlich für England keine andere Wahl. Das Land ist außerstande, große Flottenbauten in Angriff zu nehmen, die viele Hunderte von Millionen erfordern würden und doch die Vorherrschaft zur See nicht mehr aufrecht erhalten könnten. Denn der Wettbewerb mit den Vereinigten Staaten auf diesem Gebiete wäre aussichtslos. Das ist das Opfer, das England für die amerikanische Hilfe bringen muß. Es ist auch nicht zu groß, wenn man bedenkt, daß das britische Reich nach dem eigenen Bekenntnis seines Ministerpräsidenten „in höchster Gefahr" schwebte. Nur Amerika hat es gerettet, und wenn Wilson jetzt dafür seine Gegenrechnung präsentiert, so wird England sie begleichen müssen, wenn auch mit Zähneknirschen.

Abgeänderte Verordnung über Erwerbslosenfürsorge

Die bisherige Handhabung der Erwerbslosen-Unterstützung hat zu unerträglichen Zuständen geführt. Um Abhilfe zu schaffen und die in den Städten brachliegenden Arbeitskräfte nutzbringender Beschäftigung zuzuführen, bedarf es einschneidender Abänderung der bisherigen Vorschriften. Zu diesem Zweck ist unter Zustimmung des Rates der Erwerbslosen eine neue Verordnung über Erwerbslosenfürsorge (am 15. 1. 19) ergangen. Ueber die neuen, von den bisherigen Vorschriften abweichenden Bestimmungen der Verordnung berichten die „Berl. Pol. Nachr.":

Die Höchstsätze der Arbeitslosenunterstützung.

Die Höchstsätze 1919 betragen:

für	A	B	C	D u. E
	in den Orten der Ortsklassen:			
1. männliche Personen				
a) über 21 Jahren	6,—	5,—	4,—	3,50
b) über 16—21 Jahren	4,25	3,50	3,—	2,50
c) über 14—16 Jahren	2,50	2,25	2,—	1,75
2. weibliche Personen				
a) über 21 Jahren	3,50	3,—	2,50	2,25
b) über 16—21 Jahren	2,50	2,25	2,—	1,75
c) über 14—16 Jahren	2,—	1,75	1,75	1,50

Die Familienzuschläge dürfen folgende Sätze nicht übersteigen:

für	A	B	C	D u. E
	in den Orten der Ortsklassen:			
a) die Ehefrau . . .	1,50	1,50	1,25	1,—
b) die Kinder u. sonstige unterstützungsberechtigte Angehörige . . .	1,—	1,—	1,—	0,75

Maßgeblich für die Einreihung der einzelnen Orte in die Ortsklassen A bis E ist das Ortsklassenverzeichnis, wie es für die Gewährung von Wohnungszuschüssen für die Reichsbeamten jeweilig aufgestellt ist.

Entziehung der Erwerbslosenunterstützung.

§ 5 Absatz 2 und 3 bestimmt: „Personen, die während des Krieges zur Aufnahme von Arbeit nach einem anderen Orte gezogen sind, darf jedoch an diesem Ort eine Unterstützung nicht länger als insgesamt 4 Wochen gewährt werden, auch wenn ihnen eine geeignete Arbeit gemäß § 8 nicht hat nachgewiesen werden können. Die gleiche Beschränkung gilt für die vorläufige vorschußweise Unterstützung von Kriegsteilnehmern. Die Beschränkung tritt nicht ein, wenn Erwerbslose an dem Orte, an dem ihnen die Unterstützung zu entziehen wäre, mit ihrer Familie einen gemeinschaftlichen Hausstand vor Eintritt der Erwerbslosigkeit begründet haben und noch führen. Die Unterstützung ist ferner so lange nicht zu entziehen, als die Rückkehr in den früheren Wohnort tatsächlich unausführbar ist.

Freie Fahrt zur Reise in den früheren Wohnort ist von der Gemeinde des letzten Wohnorte aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge zu bewilligen."

Die Fristen für Entziehung bezw. Herabsetzung der Unterstützungssätze.

Die Entziehung der Erwerbslosenunterstützung gemäß § 5 Abs. 2 darf nicht vor Ablauf von zwei Wochen nach dem Inkrafttreten dieser Verordnung eintreten. Soweit bei Inkrafttreten dieser Verordnung höhere Unterstützungssätze eingeführt sind, kann es dabei bis spätestens 1. April 1919 bewenden.

Begründung der Arbeitspflicht.

Nach § 8 der Verordnung sind die Gemeinden und Gemeindeverbände verpflichtet, die Unterstützung zu versagen oder zu entziehen, wenn der Erwerbslose sich weigert, eine nachgewiesene Arbeit anzunehmen, die auch außerhalb seines Berufes und Wohnortes liegen darf und ihm nach seiner körperlichen Beschaffenheit zugemutet werden kann. Die Weigerung kann nur damit begründet werden, daß für die Arbeit nicht angemessener ortsüblicher Lohn geboten wird, die Unterkunft sittlich bedenklich ist, und, daß bei Verheirateten die Versorgung der Familie unmöglich wird. Für die Frage der Angemessenheit und Ortsüblichkeit des Lohnes ist im Zweifel das Gutachten des Demobilmachungsausschusses des Arbeitsortes maßgebend.

Freie Eisenbahnfahrt.

Freie Fahrt und Reise zu den Beschäftigungsort ist von der Gemeinde des letzten Wohnortes aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge zu bewilligen.

Weiterzahlung der Familienunterstützung.

Ist bei Verheirateten die Mitnahme der Familie in den auswärtigen Beschäftigungsort nicht angängig, so kann die Gemeinde des letzten Wohnortes den zurückbleibenden Familienangehörigen während der Dauer des auswärtigen Arbeitsverhältnisses die Zuschläge zur Erwerbslosenunterstützung ganz oder teilweise gewähren. Diese Zuschläge an die Familienangehörigen der Kriegsteilnehmer fallen der Erwerbslosenfürsorge des Aufenthaltsortes zur Last. Die Unterstützungen der Gemeinden und Gemeindeverbände dürfen nur für sechs Wochentage gewährt werden und ohne Familienzuschläge nicht das Einundhalbfache des Ortslohnes übersteigen.

Das gleiche Gemeindewahlrecht.

Im Laufe des Februar werden in Preußen Wahlen stattfinden, die an Bedeutung denen des vergangenen und des kommenden Sonntags in keiner Weise zurückstehen, ja sie in gewissem Sinne noch überragen. Die Gemeindevertretungen werden auf Grund des allgemeinen Volkswahlrechts erneuert werden: d. h. in unzähligen großen und kleinen Gemeinden, die bisher von den bürgerlichen Parteien beherrscht waren, wird die Sozialdemokratie die Herrschaft antreten.

Die Partei wird hier zu zeigen haben, was sie kann. Und von ihren Leistungen auf diesem Gebiet hängt in hohem Grade ihre ganze Zukunft ab. Denn die Leistungen auf kommunalpolitischem Gebiet treten dem Staatsbürger am unmittelbarsten vor die Augen, und wenn als praktisch bewährte Neuerungen hier die rascheste Anerkennung finden, so rächen sich hier auch Fehler und Mißgriffe aufs schwerste.

Die Partei wird mit dem ganzen Bewußtsein ihrer Verantwortlichkeit an diese neue schwere Aufgabe herangehen. Hier wird sich ihr Gelegenheit bieten, neue praktische Arbeit für den Sozialismus zu leisten, dem ja gerade in der Kommune eine überaus wichtige Mission beschieden ist.

Die Verordnung der preußischen Regierung, deren Inhalt wir schon mitteilten, hat folgenden Wortlaut:

§ 1. Die Mitglieder der Gemeindevertretungen werden im allgemeinen, unmittelbaren und geheimen Wahlen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt.

Jeder Wähler hat eine Stimme.

§ 2. Wahlberechtigt und wählbar sind alle im Besitz der deutschen Reichsangehörigkeit befindlichen Männer und Frauen, welche das 20. Lebensjahr vollendet haben, im Gemeindebezirk seit sechs Monaten ihren Wohnsitz haben und im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sind. Ob diese Voraussetzungen zutreffen, entscheidet sich für das aktive Wahlrecht nach dem Zeitpunkt der Auslegung der Wählerliste.

Als Wohnsitz ist der Gemeindebezirk anzusehen, in dem jemand eine Wohnung unter Umständen inne hat, die auf die Absicht der dauernden Beibehaltung schließen lassen.

§ 3. Von der Ausübung des Wahlrechts ausgeschlossen ist:

1. wer entmündigt ist oder unter vorläufiger Vormundschaft steht,
2. wer infolge eines rechtskräftigen Urteils der bürgerlichen Ehrenrechte ermangelt.

§ 4. Aufgehoben werden Vorschriften, wonach:

das Wahlrecht in anderen Fällen als denen des § 3 ruht, Forensen und juristischen Personen ein Wahlrecht zusteht, die Ausübung des Bürgerrechts von der Zahlung eines Bürgerrechtsgeldes abhängig gemacht wird;

ein bestimmter Prozentsatz der Gemeindevertretung aus Grundstückseigentümern, Nießbrauchern usw. bestehen muß (sogenanntes Hausbesitzerprivileg);

bestimmte Beamtengruppen von der Wahl zum Gemeindevorstand oder Gemeindevertretung ausgeschlossen sind;

neben den gewählten auch nichtgewählte Personen die Gemeinde-(Bürgermeisterei-)vertretung als Mitglieder hinzutreten.

§ 5. Die Gemeindevertretungen bestehen aus mindestens 6 und höchstens 144 Mitgliedern.

§ 6. In den Städten der Provinz Hannover werden die Mitglieder des Magistrats von den Bürgervorstehern gewählt.

Hinsichtlich der Zahl der Bürgervorsteher in den Städten der Provinz Hannover gelten die Bestimmungen der Städteordnung für die östlichen Provinzen vom 30. Mai 1853 (Gesetzsamml. S. 261) sinngemäß.

§ 7. Die gegenwärtigen Gemeindevertretungen werden aufgelöst. Die Neuwahlen haben an einem Sonntag bis spätestens zum 2. März 1919 zu erfolgen.

Die Mitglieder der Gemeindevertretungen bleiben bis zur erfolgten Neuwahl in ihren Aemtern.

§ 8. Für die Vornahme der auf Grund dieser Verordnung erstmalig stattfindenden Wahlen ist die Wahlordnung für die verfassunggebende preußische Landesversammlung mit der Maßnahme anzuwenden, daß an Stelle des Wahlkommissars der in den Gemeindeordnungen festgesetzte Wahlvorstand bezw. die Wahlkommission tritt.

Bei der erstmaligen Wahl sind die Wählerlisten zur preußischen Landesversammlung anzuwenden. Die besonderen Bestimmungen des § 2 dieser Verordnung über Dauer und Begriff des Wohnsitzes gelten für die erstmalige Wahl nicht.

Für die späteren Wahlen wird das Wahlverfahren auf der Grundlage der gegenwärtigen Verordnung durch eine besondere Wahlordnung geregelt, welche das Ministerium des Innern erläßt.

Bei der erstmaligen Wahl werden Wahlbezirke nicht gebildet. Für die weiteren Wahlen können durch Ortsstatut Wahlbezirke geschaffen werden.

§ 9. Die Bestimmungen der Städte- und Landgemeindeordnungen über die Teilnahme an Gemeindevermögen, Gemeindegliedervermögen und Allmenden werden durch diese Verordnung nicht berührt.

§ 10. Die Bestimmungen der Städte- und Landgemeindeordnungen (Gemeindeordnungen) werden insoweit aufgehoben, als sie den Vorschriften dieser Verordnung entgegenstehen. Ortsstatutarische Ergänzungen sind insoweit zulässig, als sie den Bestimmungen dieser Verordnung und der nach § 8 Abs. 3 zu erlassenden Wahlordnung nicht zuwiderlaufen.

Die Frauen u. die Wahlen.

Die Wahlen zur Nationalversammlung und zur preußischen Landesversammlung sind vorüber. Die große Zahl der deutschen und preußischen Wählerinnen hat zum erstenmal von dem Wahlrecht Gebrauch gemacht. Obschon gerade in bürgerlichen Kreisen Befürchtungen laut geworden sind, daß die Zeit zu kurz bemessen sei, um die Frau genügend politisch vorzubereiten, muß es zur Ehre der deutschen Frau gesagt werden, daß sie auch ohne große politische Schulung rasch begriffen hat, um was es sich handelt und sich ziemlich zahlreich zur Wahl eingestellt hat. Ob sie stets die richtige Wahl getroffen hat? Jedenfalls war noch bei vielen Frauen lange vor der Entscheidung eine große Unentschlossenheit festzustellen und es soll mehrfach vorgekommen sein, daß Frauen mit Stimmzetteln aller Parteien ins Wahllokal kamen und dort beraten sein wollten, welchem von allen diesen Kandidaten sie ihre Stimme geben sollten. Da nun leider eine solche Auskunftsstelle im Wahllokal nicht vorhanden ist, so haben sie die Sache sehr einfach gemacht und die Stimmzettel aller Parteien in den Umschlag geschoben. Sie glaubten so ihrer Pflicht am besten Genüge getan zu haben, unwissend darüber, daß durch dieses Verfahren die Stimme für ungültig erklärt werden muß. Andere wieder meinten, es genüge, wenn man in das Geheimkabinett träte, dort feierlich seinen Wahlzettel niederlege und den leeren Umschlag dem Wahlvorsteher hinbringe. Das Wählen ist doch garnicht so leicht! Der feierliche Ernst der Stunde stand auf den meisten Gesichtern der Frauen zu lesen, als sie am vergangenen Sonntag die Wahllokale zuerst betraten. Ganz hilflos und verwirrt standen sie den zahlreichen Wahlzettelverteilern gegenüber, die sich bemühten, noch in letzter Minute bei Ueberreichung des Zettels die Partei zu empfehlen. Am besten ist das einem reizenden blondköpfigen Bengel gelungen, der mit wichtiger Miene einer älteren Dame einen Stimmzettel von Kuhnt-Dittmann mit den zuversichtlichen Worten überreichte: „Wenn Sie den wählen, geht es uns dreckig". Dieser Schelm ahnte garnicht, wie recht er mit diesen Worten hatte, die ihm anscheinend ein Spaßvogel eingedrillt hatte. Manche Frauen betraten aber auch mit ängstlichen Mienen und klopfenden Herzens, andere wieder mit dem Ausdruck gespannter Neugier das Wahllokal, schauten sich fragend und hilfesuchend um, als ihnen bedeutet wurden, in das Wahlkabinett zu treten, dort den Zettel in den überreichten Umschlag zu tun und dann an den Wahltisch zu gehen, um dort den Namen zu nennen und den Umschlag dem Wahlvorsteher zu geben. Ja, es ist nicht so leicht, den richtigen Zettel in den einzigen Umschlag, den man dazu bekommt, zu tun! Wenigstens mußte man nach der Zeit, die manche darauf verwendeten, annehmen, daß man gleichzeitig sein Testament mit abgeben müsse. Nach der Ursache des langen Verweilens im „Geheimkabinett" befragt, wurde von manchen die Auskunft erteilt, daß sie die Wahlurne, von der so viel die Rede gewesen sei, unbedingt in jenem Raum gesucht hätten. Bei Nennung des Namens und bei manchmal notwendig werdenden Befragen nach der Wohnung zeigten viele einen ängstlichen Gesichtsausdruck, als sollten sie einem peinlichen Verhör unterworfen werden. Und doch dient das alles nur dazu, um genau festzustellen,

Niederdeutsche Rechtschreibung.

Von Professor Dr. Otto Bremer.*)

Die Frage, wie wir am besten unsere niederdeutsche Sprache schreiben sollen, erheischt dringliche Beantwortung. Sollen wir je zu einer Einigung gelangen, so bedarf es zunächst einer Einigung über die Fragestellung.

Man kann eine niederdeutsche Mundart zu wissenschaftlichen Zwecken aufzeichnen. Dann soll der Text nicht um seines Inhalts willen gelesen werden, sondern eine möglichst getreue Wiedergabe der Aussprache sein. Der Leserkreis ist ein ganz kleiner. Die Rechtschreibung darf eine gelehrte sein. Ueber die in diesem Falle zu befolgenden Normen soll hier nicht gehandelt werden.

Wir haben eine Schreibweise für unsere plattdeutschen Schriftsteller im Auge, die mit einem großen Leserkreis aus allen Schichten der Bevölkerung rechnet und keinerlei sprachwissenschaftliche Rücksichten zu nehmen braucht. Welcherlei Rücksichten sonst als die leichter Lesarbeit?

Da meinen manche: Niederdeutsch ist eine selbständige germanische Sprache mit eigenen Gesetzen. Folglich kann sie eine eigene, nur ihr auf den Leib zugeschnittene Rechtschreibung beanspruchen. Warum nach hochdeutscher Weise sch? S genüge durchaus und sei vorzuziehen. Kein Dehnungs-h. Warum die Hauptwörter groß schreiben? Außer der hochdeutschen schreiben ja alle germanischen Sprachen sie mit kleinen Anfangsbuchstaben.

Andere glauben, die Zeit sei gekommen, da wir Niederdeutschen, nicht an das denkend, was uns selber frommt, unsern neugewonnenen vlämischen Brüdern entgegenkommen und uns nach der ja zweifellos klareren niederländischen Rechtschreibung richten sollten. Länge des Vokals durch Doppelschreibung ausgedrückt: „maaken", nicht „maken". Kein Dehnungs-h. Die Hauptwörter klein. Womöglich gar z für stimmhaftes (weiches) s, also „de zee" und „bruzen", nicht „de See" und „brusen".

Allen diesen halten wir entgegen: Unsere niederdeutsche Literatur ist kein Tummelplatz weder für wissenschaftliche Spielereien und Theorien noch für politische Selbstverleugnung und Träumereien. Unsere niederdeutsche Literatur hat viel zu schwer um ihr Dasein zu kämpfen, um auf etwas anderes Rücksicht nehmen zu können, als auf ihre eigenen Lebenserfordernisse. Jeder Schriftsteller, dem es darum zu tun ist, gelesen zu werden, behält beim Schreiben seine Leser im Auge, ähnlich wie der Redner seine Hörer. Er wendet, sei es bewußt, sei es unbewußt, dieses oder jenes Stilmittel an, um eine bestimmte Wirkung zu erzielen. Und er sollte in der Aeußerlichkeit, die ihm im Grunde doch gänzlich gleichgültig ist, weil grammatische Schulmeisterfragen, wie die, ob die Schreibung „Tid" oder „Tiid" oder „Tied" oder „Tiit" oder „Tiet" vorzuziehen sei, so gar nichts mit künstlerischer Gestaltung gemein haben — er sollte, sage ich, in diesen äußerlichen Dingen nicht die Rücksicht auf seine Leser nehmen, ihnen das Lesen so bequem wie möglich zu machen, damit ihnen der Inhalt um so leichter eingehe? Keine gelehrte, sondern eine volkstümliche Rechtschreibung verspricht allein Erfolg. Ob gut oder schlecht, gleichviel: leicht lesbar ist die Losung. Ist doch ohnehin das Haupthemmnis für die Verbreitung des neuniederdeutschen Schrifttums die Schwierigkeit, plattdeutsch geläufig zu lesen. Jeder Buchhändler kann davon ein Lied singen. Selbst bei einer geradezu idealen Rechtschreibung bleibt das ungewohnte Bild der von der hochdeutschen abweichenden Sprache. Die Leseschwierigkeit durch Abweichung von der dem Leser geläufigen Rechtschreibung künstlich erhöhen, heißt, den Schriftsteller um seinen buchhändlerischen Erfolg bringen, würde den Tod des niederdeutschen Schrifttums bedeuten. Und sollte ein Schriftsteller eine besondere eigensinnige Laune in Rechtschreibefragen haben: dieses Opfer zu bringen, wird ihm so schwer nicht fallen, und so gut wie beim hochdeutschen Schriftsteller schon der Verleger dafür sorgt, daß das Buch in der allgemein üblichen Rechtschreibung gedruckt wird, so sollte vom plattdeutschen erst recht verlangt werden, daß er auf jede Eigenbrödelei verzichtet und sich der allgemeinen Norm anschließt.

Eine solche Norm besteht zwar nicht in allen Einzelheiten dermaßen wie für die hochdeutsche Schreibung, aber doch in der Hauptsache und wird bereits, solange es eine neuniederdeutsche Literatur gibt, von allen namhaften Schriftstellern befolgt, und diese Norm ist die hochdeutsche Rechtschreibung, die wir und weil wir sie auf der Schule lesen und schreiben gelernt haben. An ihr müssen wir wohl oder übel vernünftigerweise festhalten, solange nicht eine besondere plattdeutsche Rechtschreibung auf der Schule gelehrt wird. Eine solche zu erstreben, liegt aber kein Anlaß vor. Die Schule würde sich nie auf eine derartige zwecklose Mehrbelastung einlassen können.

So bleibt nur die Aufgabe, die in der Hauptsache bereits bestehende und anerkannte Norm im einzelnen auszubauen, und das ist nicht Sache der Schriftsteller, sondern der Sprachgelehrten. Ich habe nach dem Muster der auf den Schulen eingeführten „Regeln für die deutsche Rechtschreibung nebst Wörterverzeichnis im Auftrage des Kgl. Preußischen Ministeriums der geistigen und Unterrichts-Angelegenheiten" ein plattdeutsches Rechtschreibebüchlein entworfen,†) das bei den Schulen angefangen hat, Eingang zu finden. Mitglieder des Heimatbundes Niedersachsen und des Vereins für niederdeutsche Sprachforschung haben auf dem Niedersachsentag im Oktober 19.. die Regelung der plattdeutschen Rechtschreibung für eine wünschenswerte, ja notwendige Aufgabe erklärt und in der von mir vorgelegten Leitsätze eine geeignete Grundlage der angestrebten Regelung gesehen. Auf Wunsch dieser Versammlung habe ich diese Leitsätze zu jenem Handbüchlein ausgebaut, und der Verein für niederdeutsche Sprachforschung hat es unter seine Fittiche genommen. Daß die in diesem Büchlein vorgeschlagenen Regeln allgemein als vorbildlich anerkannt werden, würde einem dringlichen Bedürfnis entsprechen. Mag selbst in dem einen oder anderen Einzelfalle meine Entscheidung vielleicht nicht gebilligt werden: besser eine einheitliche, wenn auch unvollkommene Richtschnur als eine noch so vollkommene Uneinheitlichkeit. Auch wollen wir vor dem Hochdeutschen nichts voraus haben. Wie unwichtig ist es doch, darüber zu streiten, ob die Schreibung „gibt" oder „giebt" vorzuziehen sei, „ein bischen" oder „ein bißchen"; die Hauptsache bleibt, daß eine Schreibung allgemeine Geltung hat, und es nicht in das Belieben eines jeden gestellt wird, nach eigenem Gutdünken zu schreiben. Unterordnung ist hier größer als individualistisches Sichausleben. Gilt es doch das eine große, mit allen Kräften zu erstrebende Ziel: die Förderung unseres niederdeutschen Schrifttums.

*) Niedersachsenbuch, Richard Hermes Verlag, Hamburg.

†) Regeln für die plattdeutsche Rechtschreibung nebst Textprobe und Wörterverzeichnis. Hamburg, Richard Hermes Verlag, 1914.

Landesbibliothek Oldenburg

der Wähler oder die Wählerin in der Liste richtig eingetragen ist. Erst wenn das geschehen ist und vom Schriftführer ein blaues Kreuz hinter dem Namen vermerkt ist, darf der Umschlag mit dem Stimmzettel dem Wahlvorsteher übergeben und von diesem in die Wahlurne getan werden. „Bin ich nun fertig" — oft ist diese Frage aus Frauenmund an den vergangenen Sonntagen gekommen und ebenso oft sind Frauen mit einem Seufzer der Erleichterung fortgegangen, froh dieser neuen Pflicht genügt zu haben. Nicht allen ist sie erwünscht gewesen und manch eine mußte erst nachdrücklich daran erinnert werden, daß Rechte auch Pflichten fordern. Uebrigens werden die Frauen noch oft genug Gelegenheit haben, sich im „Wählen zu üben". Uebung macht den Meister und immer besser und schneller wird das Wahlgeschäft sich abwickeln, wenn die Frauen und die zwanzigjährigen politischen Kinder die kleinen Formalitäten beim Wählen erst ganz genau kennen.

E. H.

Aus den Jadestädten.

Wilhelmshaven, 28. Januar.

Das Ende der Feldpost. Nach einem Erlaß des Staatssekretärs des Reichspostamts treten infolge der Demobilmachung die den Heeres- und Marineangehörigen gewährten Portovergünstigungen für Feldpostsendungen bis 31. Januar außer Kraft. Für Heeres- und Marine-Angehörige in den besetzten Gebieten erlöschen die Vergünstigungen einschließlich mit dem Uebertritt auf heimischen Boden. Vom 1. Februar 1919 ab erfolgt die Beförderung von Sendungen an die Angehörigen des Heeres und der Marine im Inlande nach den dafür bestehenden allgemeinen Vorschriften (Soldatenbrief).

Erhöhung der Militärrenten. Das Kriegsministerium hat, da die bisherigen Rentenzuschläge in keinem Verhältnis zu der bisherigen Teuerung stehen, im Januar eine einmalige Teuerungszulage in Gestalt der doppelten Monatsrente bezahlt. Abgesehen hiervon sieht die neue Verordnung der Regierung Rentenzuschläge vor, die bei der Erwerbsunfähigkeit von 10 bis 33 v. H., 50 v. H. der Teilrente eines Gemeinen, bei einer Erwerbsunfähigkeit von 33⅓ bis ausschließlich 50 v. H., 75 v. H. der Teilrente, bei einer Erwerbsunfähigkeit von 50 bis ausschließlich 100 v. H. der Teilrente und bei einer vollständigen Erwerbsunfähigkeit vollen Betrag einer Teilrente eines Gemeinen betragen. Die Berechnung dieser Rentenzuschläge wird einige Monate beanspruchen. Die geltenden Bestimmungen über die Verstümmelungszulagen werden vorläufig durch die Verordnung dahin erweitert, daß die einfache Verstümmelungszulage auch bei schweren Entstellungen des Gesichts, bei Verlust der Zeugungsorgane und bei Verlust oder Erblindung eines Auges trotz völliger Gebrauchsfähigkeit des anderen gewährt werden kann. Ferner wird bei Verlust oder Erblindung beider Augen eine dreifache an Stelle der bisher zu bewilligenden doppelten Verstümmelungszulage gewährt. Bei schwerem Siechtum und bei Geisteskrankheiten kann die dreifache Verstümmelungszulage bewilligt werden.

Einmalige Teuerungszulage für Hinterbliebene von Militärpersonen. Vor kurzem haben die Militärrentenempfänger eine einmalige Teuerungszulage erhalten. Nunmehr soll auch den Hinterbliebenen von Militärpersonen der Unterklassen eine solche Teuerungszulage gewährt werden, indem ihnen beim Empfang der für Februar d. J. zustehenden gesetzlichen Versorgungsgebührnisse, Zuschläge zur Kriegsversorgung, laufenden Zuwendungen und laufenden Unterstützungen statt des einfachen Monatsbetrages der 1½fache Monatsbetrag ausgezahlt werden wird. Zu den vorbezeichneten Hinterbliebenen zählen sämtliche Hinterbliebenen von Militärpersonen der Unterklassen (Witwen, Waisen, Eltern, Stiefkinder, Stiefeltern, uneheliche Kinder usw.), denen auf Grund des Militärversorgungsgesetzes oder besonderer Verwaltungsvorschriften ein laufender Bezug aus Militärfonds zusteht.

Keine Haftung der Eisenbahn beim Abspringen von einem fahrenden Zug. Das Abspringen von einem, wenn auch langsam fahrenden Eisenbahnzuge bedeutet stets ein so grobes eigenes Verschulden, daß demgegenüber die Betriebsgefahr der Bahn bei der nach § 254 B.G.B. vorzunehmenden Abwägung derselben gegen das Verschulden des Verunglückten vollständig zurücktritt und jede Schadenshaftung der Bahn entfällt. Diesen Grundsatz hat das Reichsgericht kürzlich wiederum in der folgenden Entscheidung anerkannt und ausgesprochen, daß die Abwägung von den Instanzgerichten nicht mit ausdrücklichen Worten vorgenommen zu werden braucht: Der Maschinenbauer S. fuhr am 3. September 1916 von seinem Wohnort Dangastermoor mit der Eisenbahn in der Richtung auf Wilhelmshaven, um sich nach seiner Arbeitsstätte auf der Torpedowerft zu begeben. Kurz hinter der (vor Wilhelmshaven liegenden) Haltestelle Rüstringen wurde er von dem Zuge, aus dem er nach Behauptung seiner Witwe herausgestürzt sein soll, überfahren und so schwer verletzt, daß er nach wenigen Minuten starb. Mit der vorliegenden Klage nimmt die Witwe S. den Oldenburgischen Staat als den Eisenbahnunternehmer auf Ersatz des ihr durch den Tod ihres Ernährers entstandenen Schadens in Anspruch, indem sie Zahlung einer jährlichen Rente von 1296 Mark verlangt. Der beklagte Eisenbahnfiskus macht demgegenüber geltend: der Unfall beruhe lediglich auf eigenem Verschulden des Getöteten, der absichtlich aus dem noch langsam fahrenden Zuge herausgesprungen sei, um den Weg zu seiner Arbeitsstätte abzukürzen. Während das Landgericht Oldenburg den Beklagten zum Schadenersatz verurteilte, hat das Oberlandesgericht Oldenburg umgekehrt entschieden und die Klage abgewiesen. Die letztere Entscheidung ist vom Reichsgericht bestätigt worden. Aus den Entscheidungsgründen: Das Oberlandesgericht sieht den Beweis des eigenen Verschuldens des Getöteten in der vom Beklagten behaupteten Weise für geführt an. Der Verstorbene könne, so erwägt es, nicht die Absicht gehabt haben, erst in Wilhelmshaven auszusteigen; er würde dann zu seiner Arbeitsstelle einen um 700 Meter längeren Weg gehabt haben als von Rüstringen aus und zum Beginn der Arbeitszeit unfehlbar zu spät gekommen sein. Eine Fahrt nach Wilhelmshaven am frühen Morgen zwischen 5 und 6 Uhr zu einem andern Zwecke sei für ausgeschlossen zu erachten. Der Getötete sei also entweder, was wahrscheinlich sei, absichtlich über Rüstringen hinausgefahren, um unterwegs, während der Zug noch längst nicht die volle Geschwindigkeit erlangt hatte, an der Stelle, die seiner Arbeitsstätte am nächsten war, abzuspringen; ihm als kräftigen und gewandten Mann sei dieses Wagnis nicht sonderlich groß erschienen. Oder er habe den Aufenthalt des Zuges in Rüstringen verschlafen, sei nach dem Verlassen der Haltestelle aufgewacht und habe dann den Entschluß gefaßt, abzuspringen, um die Arbeitsstelle noch rechtzeitig zu erreichen. Weiter erwägt das Oberlandesgericht die verschiedenen Möglichkeiten eines unfreiwilligen Sturzes des Getöteten aus dem Wagen, erachtet diese aber sämtlich als so unwahrscheinlich, daß es zu der Ueberzeugung gelangt, daß S. den tödlichen Unfall durch sein eigenes vorsätzliches Handeln herbeigeführt habe. — Mit der Revision macht hiergegen die Klägerin geltend, das Berufungsurteil lasse eine Abwägung des von ihm angenommenen eigenen Verschuldens des Getöteten gegenüber der Betriebsgefahr der Eisenbahn gemäß § 254 B. G. B. in Verbindung mit § 1 Haftpflichtgesetzes vermissen. Allerdings hat das Oberlandesgericht eine solche in ausdrücklichen Worten nicht vorgenommen: es hat lediglich das Verschulden festgestellt und daraufhin die vollständige Abweisung der Klage ausgesprochen. Würde man daraus entnehmen müssen, daß das Oberlandesgericht eine solche Abwägung nicht für notwendig, die Bestimmung des § 254 B. G. B. im Falle des Tatbestandes des § 1 des Reichshaftpflichtgesetzes nicht für annehmbar erachtet hätte und der Meinung gewesen wäre, daß ein jedes eigene Verschulden des Verletzten den Schadenersatzanspruch aus dem letzteren Gesetze ausschließe, so würde dies rechtsirrtümlich sein. Die Einbeziehung des Grundsatzes des § 254 B. G. B. in den Rechtskreis des Reichshaftpflichtgesetzes, die jetzt auch für das Rechtsgebiet des Kraftfahrzeuggesetzes in dessen § 9 gesetzlich festgelegt ist, ist indessen seit der grundlegenden Entscheidung R. G. Bd. 53 S. 75 vom 24. November 1902 in der Rechtsprechung des Reichsgerichts in so zahlreichen Entscheidungen ausgesprochen worden, daß nicht angenommen werden kann, das Oberlandesgericht habe diese Rechtsprechung nicht gekannt oder es habe sich, ohne sich mit ihr abzufinden, stillschweigend darüber hinwegsetzen wollen. Dazu kommt, daß das landesgerichtliche Urteil unter ausdrücklicher Bezugnahme auf § 254 B. G. B. ausgeführt hatte: Würde S. absichtlich aus dem Zuge gesprungen sein, so würde sein Verschulden so groß sein, daß dagegen die Betriebsgefahr völlig zurücktreten würde. Indem nun das Oberlandesgericht im Gegensatz zum Landgericht für erwiesen erachtet hat, daß der Getötete in der Tat absichtlich und freiwillig aus dem Wagen gesprungen sei und daraufhin den Klageanspruch vollständig abgewiesen hat, hat es sich offenbar die bedingt ausgesprochene Erwägung des landgerichtlichen Urteils als nunmehr unbedingte zu eigen gemacht. Damit bewegt es sich in den Bahnen der reichsgerichtlichen Rechtsprechung. Das so gefährliche vorsätzliche Abspringen von dem fahrenden Zuge stellt ein eigenes Verschulden gröbster Art dar. (Aktenzeichen: VI. 265/18. — 2. 12. 18.) K. M. L.

Rüstringen, 28. Januar.

Adler-Theater. (Aus dem Bureau.) Am 1. Februar beginnt im Adler-Theater ein Gastspiel des Berliner Theater-Ensembles, das unter der Leitung des bekannten Berliner Direktors Hans Ritter steht. Diesem Ensemble gehören an: der Komiker Berthold Lehndorf (Residenz-Theater Berlin), die Salondame Marie Luise Ludwig (Trianon-Theater Berlin), die komische Alte Helene Westphal (Kleines Theater Berlin). Das Gastspiel beginnt mit dem temperamentvollen übermütigen Schwank von Kraatz u. Hoffmann „So'n Windhund". Die Titelrolle spielt Direktor Hans Ritter selbst, wie er auch die Inszenierung besorgt.

Fleu herut! Endlich ist es Winter geworden. Wenn die Kälte auch wegen des Kohlenmangels nicht gerade angenehm empfunden werden wird, ihr Gutes hat sie aber doch. Der Boden ist hart, und das Eis hält. Da lacht jedem Klootschießer das Herz in der Brust. Fast 5 Jahre hat dieser schöne, echt friesische Sport ruhen müssen. Nun aber mit vereinten Kräften frisch ans Werk. Hinaus ins Feld mit Eiskugel und Boßel! Laßt uns diesen Sport als ein wesentliches Bestandteil unserer friesischen Eigenart hegen und pflegen! Nichts ausländisches ist daran. Nicht einmal hochdeutsch ist er. Man denke doch nur einmal an die technischen Ausdrücke „fleu herut, lüch up, sid bi de Grund, Gew üm wat mit, hier mot he her usw." Diese Ausdrücke lassen sich zum Teil kaum verhochdeutschen. Darum wollen wir als Friesen nicht das verlernen, was wir von unseren Vätern ererbt haben; in diesem Punkte wollen wir konservativ bleiben.

Seid sparsam mit den Kartoffeln!

Oldenburgischer Landtag.

Oldenburg, 27. Januar. Der Landtag hielt eine Sitzung ab, in der der Entwurf für die oldenburgischen Nationalversammlungswahlen eingebracht wurde. Am Freitag wurde der Gesetzentwurf unverändert angenommen.

Von der übrigen Tagesordnung wurden ohne Aussprache erledigt, ein Bericht über die Ergebnisse der Einkommenschätzung für 1917, über die Ueberschreitung der Kostenanschläge bei Chausseebauten, ein Bericht über die Inventarien der zur Eisenbahn gehörenden Grundstücke und Gebäude usw. Der Vorbereitungsdienst der Referendare für Teilnehmer am jetzigen Kriege, der 3½ Jahre beträgt, kann um die Zeit des Kriegsdienstes, jedoch höchstens um ein halbes Jahr abgekürzt werden. Der Bericht betr. Nachweisung über die Geschäftsergebnisse der Nahrungsmittelzentrale des Freistaates Oldenburg erledigt sich durch Kenntnisnahme. Bei der Vorlage betr. die Staatliche Kreditanstalt wird erklärt, daß eine Erhöhung der Beleihungsgrenze bei Grundstücken und Gebäuden auf sechs Zehntel des durch die beeidigten Schätzer zu ermittelnden Verkaufswertes in Aussicht genommen sei.

Der liberale Abg. Müller-Brake brachte folgenden Antrag ein: „Das Direktorium wird ersucht, mit aller Entschiedenheit darauf zu bestehen, daß Oldenburg in seinem bisherigen Umfang als selbständiger Gliederstaat des Reiches erhalten bleibt, und daß keine Veränderung des Staatsgebietes und keine Verbindung mit anderen Teilen des Reiches ohne Volksabstimmung vorgenommen werden darf."

Vermischtes.

—* **Berlin**, 27. Januar. Durch zwei Mitglieder der republikanischen Soldatenwehr wurden heute morgen auf dem Bahnhof Alexanderplatz drei Personen verhaftet, die in einem Koffer über 700 000 Mark in Papiergeld bei sich führten. Es handelt sich um den Kaufmann Heinrich Wegschal, den Kaufmann Aron Braff und ein Fräulein Sara Fertig, die aus Kattowitz mit dem Schnellzug, der gegen 8 Uhr in Berlin eintrifft, angekommen waren. Die Festnahme der drei Personen ist einem Zufall zu danken. Die beiden Soldaten wollten auf Grund einer Telephon-Depesche aus Breslau in dem Schnellzug einige Spartakisten festnehmen, die im Besitze von militärischen Sachen sein sollten. Da die Kontrolle auf dem Schlesischen Bahnhof bis zum Abgang des Zuges nicht zu Ende geführt werden konnte, so fuhren die Soldaten bis zum Bahnhof Alexanderplatz mit. Dort wurden sie dann auf die oben bezeichneten drei Personen aufmerksam. Einer der Verdächtigen wollte gerade Zuschlagkarten lösen, da die Billets nur bis Breslau gelöst waren. Auf die Frage, was sich in dem Koffer befinde, blieben die Verdächtigen die Antwort schuldig. Die beiden Soldaten brachten die Tasche nach dem Stationsbureau und stellten hier fest, daß sie vollgepfropft mit Papiergeld war. Wie es scheint, sind die Verhafteten Geldschmuggler, die mit einem holländischen Agenten in Verbindung stehen. Die Verdächtigen wurden der Kriminalpolizei übergeben. Wie man weiter erfährt, konnten die Verhafteten von der großen Geldsumme nur 183 800 Mark als ihr Eigentum nachweisen. Den Rest des Geldes, der über eine halbe Million Mark beträgt, wollen sie von einem Unbekannten ungezählt mit dem Auftrage erhalten haben, die Summe einem Kaufmann in der Grenadierstraße zu Berlin zu übergeben. Inzwischen ist es schon gelungen, den holländischen Agenten gleichfalls zu verhaften. Wie sich ergab, hatte er keinen Einreisepaß. Er hat sich, seinen eigenen Angaben nach, ohne Erlaubnis über die Grenze eingeschlichen.

—* **Berlin**, 27. Januar. Wie von der Eisenbahn-Direktion Berlin mitgeteilt wird, gehen von heute ab nur noch die folgenden D-Züge von Berlin ab: Nach Schlesien morgens und abends die Züge D 3 und D 1, nach München vom Anhalter Bahnhof die D-Züge 40 und 26, die morgens und abends verkehren. Nach Dresden fährt nur noch der D-Zug 196. Nach Düsseldorf über die Stadtbahn die D-Züge 12 und 6, nach Vohwinkel ab Potsdamer Bahnhof der D-Zug 30. Von Köln nach Spaa ist abends nur noch der D-Zug 68 eingesetzt. Die Strecke über Schneidemühl nach Brest-Litowsk befahren die D-Züge 21 und 23. Nach Hamburg, Frankfurt a. M. und Posen fahren vorläufig keine D-Züge, sondern nur einige Personenzüge.

—* **Universitätsvorlesungen über Zeitungswesen.** Das preußische Kultusministerium hat dem Dozenten am Orientalischen Seminar der Berliner Universität und Schriftleiter des volkswirtschaftlichen Teils der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" Dr. Otto Jöhlinger einen Lehrauftrag erteilt, zweimal wöchentlich Vorlesungen über das Zeitungswesen in Deutschland und im Auslande und anschließend daran Seminarübungen über Zeitungspraxis zu halten. Dr. Otto Jöhlinger, ein geborener Kölner, besuchte die Kölner Handelshochschule. 1907 siedelte er als Handelsredakteur an das „Berliner Tageblatt" über, seit 1917 ist er als Leiter der volkswirtschaftlichen Abteilung der „Nordd. Allg. Ztg." tätig. Infolge zahlreicher wissenschaftlicher Veröffentlichungen wurde Dr. Jöhlinger 1912 ein Lehrauftrag für Staatswissenschaften am Orientalischen Seminar erteilt. Er hielt Vorlesungen über Kolonialpolitik, Kriegswirtschaft und auswärtige Wirtschaftspolitik. 1917 wurde Dr. Jöhlinger ohne Abiturientenzeugnis auf Grund eines viersemestrigen Studiums an der Berliner Universität zum Doktorexamen zugelassen, das er mit einer Arbeit über die russischen Finanzen cum laude bestand.

—* **Die Stearinkerze.** Der Krieg änderte gar vieles. In unserem Zeitalter der Elektrizität konnte man es wohl kaum ahnen, daß die schon längst als ein überwundener Standpunkt der Beleuchtungstechnik geltende Stearinkerze wieder zu Ehren kommen würde. Man hat sie fast gar nicht mehr gebraucht. In kleinen Städten, auf dem Lande, sowie in Villen, auf Gutshöfen und überall da, wo es keinen Anschluß an Gas und Elektrizität gab, benutzte man zur Beleuchtung die Petroleumlampe. Auch ihr Gebrauch war im Rückgang begriffen, dehnte sich doch das Netz der von den Ueberlandzentralen ausgehenden Drähte immer weiter aus. Aber immerhin stand sie noch an sehr zahlreichen Orten und in sehr zahlreichen Exemplaren im Gebrauch. Da kam der Krieg und in seinem Gefolge der Mangel an Petroleum. Es steht nicht soviel Petroleum für Leuchtzwecke zur Verfügung wie früher. Angesichts dieser Tatsache hat man sich wieder auf die alte Kerzenbeleuchtung besonnen, und selbst in der Großstadt haben die Wachs- und Stearinkerzen wieder siegreich ihren Einzug gehalten. Auch hier gibt es noch viele Haushaltungen, die weder Anschluß an Gas noch an Elektrizität hatten und die daher auf die Petroleumlampe angewiesen waren. Hierzu kommen die kleinen Orte und das flache Land — kurzum, das Geschäft in Kerzen blüht. Angesichts dieser Bedeutung der Kerze, die ja auch draußen im Felde in einer Unmenge von Quartieren, Unterständen, in Schützengräben, Stellungen, ja sogar auf Verbandsplätzen und Lazaretten eine bedeutende Rolle spielte, dürfte es angebracht sein, wenn wir daran erinnern, daß die Stearinkerze nunmehr ungefähr hundert Jahre alt ist. Früher benutzte man Wachs, Talg und Walrat. Im Jahre 1818 erfanden die französischen Chemiker Braconnot und Simonin die Stearinkerze, die aus dem aus Fetten, insbesondere aus Hammeltalg, gewonnenen Stearin hergestellt wird. Die Stearinkerze hatte vor den alten Talg- und Wachskerzen gar viel voraus. Sie tropfte nicht, so daß durch sie die Kleider nicht verunreinigt wurden, wie dies früher in Ballsälen und in Theatern sehr häufig geschah, wo es immer von den Kronleuchtern herabtrippte. Dann war auch ihr Docht verbessert, so daß er keine „Schnuppen" mehr bildete und nicht geschnäuzt werden mußte. Außerdem brannten sie heller, fetteten nicht ab, klebten nicht wie die Wachskerzen — kurzum sie bedeuteten einen hervorragenden Fortschritt. Es dauerte jedoch bis in die dreißiger Jahre des vorigen Jahrhunderts, bis man sie in größeren Mengen anfertigen konnte, war es doch nötig, erst ein Verfahren zu finden, durch das man aus dem Talg größere Mengen von Stearin zu gewinnen vermochte. Dieses Verfahren rührt von Milly her, weshalb die Stearinkerze später auch „Milly-Kerze" genannt wurde. Erst die Entdeckung der amerikanischen Erdölquellen und die Einführung der Petroleumlampe schränkte ihre allgemeine Verwendung immer mehr ein. Jetzt hat, wie wir gesehen haben, umgekehrt der Mangel an Petroleum zu ihrer erneuten ausgedehnten Verwendung geführt.

Eingesandt.

Für Artikel unter dieser Rubrik übernimmt die Schriftleitung keine Verantwortung.

An die Einwohner von Wilhelmshaven u. Rüstringen.

In den nächsten Tagen scheidet die Sicherheitspolizei, bestehend aus 180 Unteroffizieren aller Truppenteile, aus dem Dienste. Weshalb??? Nur weil sie angeblich überflüssig sind und sich mit den Maßnahmen höherer Instanzen nicht einverstanden erklärten. Ihnen, geehrten Lesern, alles haarklein zu schildern, würde zu weit führen. Ich möchte Ihnen nur einige Worte zu unserer kurzen Dienstzeit hier erläutern.

Als die Revolution ausbrach und der einzelne Bürger sich im Städtchen des Abends, auch tagsüber, nicht „ganz" sicher fühlte — — — brauchte man Hilfe. Dazu erboten sich Unteroffiziere „freiwillig". Der Dienst wurde von uns genau und pünktlich innegehalten, wir waren Tag und Nacht auf der Straße, ganz gleich der oft wechselnden Witterungseinflüsse. In den ersten Tagen waren wir ohne jegliche wärmere Kleidung, es stand uns nur der sogenannte Ueberzieher zur Verfügung. Wer Marineangehöriger ist, kann mir vielleicht nachfühlen, was es heißt, in diesem „Jäckchen" der Kälte ausgesetzt zu sein. Erst auf mehrfaches Bitten wurde uns ein Mantel geboten. Doch das ist nicht die Hauptsache.

Ich kann Ihnen versichern, daß wir es uns zur Pflicht machten, so gut wie irgend möglich für Ruhe und Ordnung zu sorgen. Wir haben und sind streng gegen Unruhen und hauptsächlich Einbruchsdiebstähle eingeschritten, speziell in „Rüstringen". Gar mancher unter den Lesern wird den Kopf schütteln und sagen, davon habe ich nichts gemerkt. Es ist klar, daß, wenn fast jeder zweite Mann sinnlos betrunken war, man machtlos gegenüber steht. Dazu waren wir nicht stark genug. Was Diebstähle usw. anbetrifft, so werden Sie garnichts davon gehört haben, vielleicht es mir garnicht glauben. Nun bitte, gehen Sie hin, und sehen Sie sich die Beamten an, welche halbtot im Lazarett bezw. Krankenhause liegen. Wir waren bereit, jederzeit, genau so, wie in den Kriegsjahren, für alles einzustehen. Uns wird der Vorwurf gemacht, daß wir nicht scharf genug vorgegangen wären. Diesen unklugen Schwätzern rate ich, doch mal einige Wochen sich der Polizei bei fünf Mark täglichen Lohnes und ohne „Lebensversicherung" zu widmen! Vielleicht ändern sie dann ihre Gesinnung?

Noch ist nicht aller Tage Abend, es steht uns noch manches bevor. Ich zweifle vor allem daran, ob die Einwohner nach unserer Entlassung auch so ruhig unter den jetzigen Verhältnissen schlafen können?! Die Geschäftsinhaber treffen meine Worte besonders. Angebracht wäre es, ihre „Ladenausstellung" etwas zu verkleinern oder selbst „Wache" zu halten. Wir können leicht in die „Berliner Verhältnisse" geraten. Nicht „ein" Dankeswort ward uns zuteil. Meines Erachtens nach haben wir uns die denkbar größte Mühe gegeben, alles zu schaffen, uns trifft keine Schuld.

Arthur Köhler, Torpedo-Bootsmannsmaat,
Rüstringen, Grenzstraße 81.

* * *

An die Berufssoldaten.

Als Mitglied der Deutschen Volkspartei und eifriger Besucher der Versammlungen dieser Partei habe ich stets die Beobachtung machen können, daß außerordentlich wenige Berufssoldaten dieser Partei angehören und dementsprechend auch in den Versammlungen vertreten sind. Anscheinend herrscht hier ein gewisses Vorurteil gegen die Volkspartei, das ich mir wohl erklären könnte, wenn die Ziele der Partei nicht so klar und bestimmt vor Augen lägen. Ein großer Teil der Berufssoldaten ist anscheinend der Ansicht, daß der Volkspartei Bevölkerungsschichten angehören, die andere Ziele verfolgen und Interessen vertreten, die sich mit den Interessen der Berufssoldaten nicht in Einklang bringen ließen. Das Gegenteil ist richtig. In allen Versammlungen der Partei hatte ich stets das angenehme Empfinden, gewissermaßen einer großen Familie anzugehören, in der alles in größter Harmonie lebt. Die D. V. P. verfolgt Ziele, die jedem national denkenden und empfindenden Menschen Anlaß geben müssen, der Deutschen Volkspartei beizutreten und der guten Sache alle Kräfte zu widmen. In der Partei gibt es keine Standesunterschiede, die Anlaß dazu geben könnten, der Deutschen Volkspartei nicht beizutreten. Die Mitglieder der D. V. P. verfolgen ein hohes nationales Ziel, nämlich das Wohl des gesamten Vaterlandes und dadurch auch das Wohl jeder einzelnen Bevölkerungsschicht. Ich hatte Gelegenheit, mit Herrn Dr. Stresemann persönlich zu sprechen und habe mit ihm über die Vertretung der Interessen der Berufssoldaten gesprochen. Herr Dr. Stresemann erklärte sich sofort bereit, sich warm der Interessen der Berufssoldaten anzunehmen, wie er das ja auch schon in seiner parlamentarischen Tätigkeit im Reichstag stets getan habe. Es liegt für mich kein Anlaß vor, Herrn Dr. Stresemanns Worte nur im geringsten anzuzweifeln. Nach seiner ganzen Persönlichkeit und Handlungsweise ist ihm dieses unbedingt zu glauben.

Es wäre nun zu wünschen, wenn sich recht viele Berufssoldaten durch Besuch der Versammlungen der Deutschen Volkspartei persönlich von den Zielen dieser Partei überzeugten. Ich habe Grund zu der Annahme, daß sie sich unzweifelhaft der guten Sache der Deutschen Volkspartei anschließen werden, wenn sie über die wahrhaft nationalen Ziele sich persönlich Gewißheit verschafft haben werden.

G. A.

Weiße Zähne
erzielen Sie meist schon nach kurzem Gebrauch der herrlich erfrischenden Zahnpaste **Chlorodont**. Vorzügliches Vorbeugungsmittel b. Bazillen-Infektion durch d. Mundhöhle (Influenza usw.). Überall z. haben.

Landesbibliothek Oldenburg

Jagdverpachtung.
Die Jagd in der Feldmark Alfelsbarg soll am Sonnabend, den 1. Februar d. J., nachm. 3 Uhr, in der W. Saalhoff'schen Gastwirtschaft in Alfelsbarg auf weitere 6 Jahre öffentlich verpachtet werden. Die reichlich 700 ha große Jagd grenzt im Osten an Marcardsmoor und erstreckt sich in etwa 4 km am Ems-Jade-Kanal.

Der Jagdvorstand.

Vermietungen

In meinem Eckhause Gökerstr. 66, Ulmenstraße (Kaufhaus Gebr. Fränkel)

eine herrschaftl. ganze Etage,

6 Zimmer, Diele, Küche, sowie Nebengelaß u. sonst. Bequemlichkeiten p. 1. April oder anderem Termin zu vermieten.

Georg Naddau,
Gökerstr. 104. Fernr. 641.

Möblierte 5-Zimmerwohnung sofort mietfrei. Zu erfr. von 1—3 Uhr Schillerstraße 11, II.

Herrsch. 2 Zimmerwhg. mit Bad und Zubehör an Leute ohne Kinder zu verm. Mietpr. 50 Mk. monatlich. Rüstr. II, Altenburgstr. 36.

Mietgesuche

Ein kleines leeres Zimmer ebt. mit Küche für sofort oder 1. 2. gesucht. Off. unter **A M 100** an die Geschäftsstelle d. Blattes.

Suche zum 1. Febr. ein **möbl. Herren-Zimmer** (part.) in der Nähe der Artillerie-Kaserne. Offerten u. **W 9** an die Geschäftsstelle d. Bl.

Gesucht zum 1. April eine **5-6räumige Wohnung** in ruhigem Hause. Preis bis 1000 Mk. Angebote unter **E 100** an die Geschäftsstelle d. Blattes.

Laden
evtl. mit Hinter- od. Lagerräumen, in der Marktstr. z. 1. 4. od. spät. zu miet. ges. Off. u. **X Y Z** Geschäftsst. d. Bl.

Gut möbl. Zimmer möglichst separat) auf sofort oder später gesucht. Offerten unter **L L** an die Geschäftsstelle d. Bl.

Ein oder zwei möblierte **:: Zimmer ::** mit sep. Eingang gesucht. Offerten unter **Z A 20** an die Geschäftsst. d. Bl.

Zu verkaufen

Nußbaum Buffet, 6 Stühle u. helleichener Kleider- oder Wäscheschrank z. t. ges. Off. u. **L P 50** an d. Geschäftsst. d. Bl.

2 Hängelampen (für Elektrisch eingerichtet) zu verkaufen.
Gökerstraße 92, I.

Guter Militärmantel gegen Zivilschuhe 41 umzutauschen.
Marktstraße 67, III r.

Ein in Sedan belegenes

Grundstück

mit Stallungen für 9 Kühe, 4 Pferde und div. Schweine, sowie Heuboden zu verkaufen. Verzinsung rund 11 %.

Auktionator Witte,
Marktstraße 63, I.

Achtung!
Drei erstklassige **Violinen** u. eine 3/4-**Schülergeige** zu verkaufen.
Zu erfr. bei **Döring,** Margaretenstraße 29.

Voile-Kleid
weiß mit lila Blümchen, für große Figur, ganz neu, billig zu verkaufen.
Pfing, Königstr. 100, 4. Et.

Für Liebhaber!

Ein Viermastsegelschiff mit vollständiger Takelage, genau nach Original gebaut, in Mahagoni-Glasleisten (Kunstwerk) umständehalber zu verkaufen. Zu bes. abends 6—8 Uhr.
Uhlandstr. 8, II (Mitte)

Zu verkaufen 3/4 langer **Damen-Krimmer-Mantel,** fast neu, passend für starke Figur.
Kaiserstraße 124, I r.

Offene Stellen

Pens. Deckoffizier (Verw., Masch. o. Steuerm.) wird v. ein. Engros-Gesch. ges. Ausf. Off. mit Bild u. **X Y** Geschäftsst. d. Bl.

Gesucht krankheitshalber für einen aus 4 Erwachs. bestehenden Haushalt

Mädchen od. Frau

für die Vormittagsstunden. Hoher Lohn.
Königstraße 50, I.

Zugelaufen

Ein Hund zugelaufen!!
Gegen Erstattung der Unkosten abzuholen von der 5. Komp. II. W.-D., St. 20.

Verschiedenes

Kaufe fortwährend neue und gebrauchte Möbel, Betten sowie ganze Hausstände u. zahle die höchsten Preise.
W. Koch, W'hav. Str. 80.

Licht- und Wassergeld
zahlt man jetzt am besten nicht mehr bar, sondern läßt es gebührenfrei vom Bankkonto überweisen.
Aufträge werden von jedermann gerne entgegengenommen. Näh. Auskunft bereitwilligst.
Hausbesitzerbank,
Prinz-Heinrichstraße 7,
Fernruf 11.

Umzug.
Umgehendes Angebot über Umzug einer 4 Zimmer-Wohnung von Wilhelmshaven nach Helgoland bei kostenloser Benutzung ein Werftleichters (ohne Verpackung und Versicherung).
Wilhelm Broders,
Helgoland.

Kaufe Weichblei
jedes Quantum, **alte Bleirohre** usw. für meinen Betrieb.
Th. Süss
Buchdruckerei des Tagebl.
Kronprinzenstr. 22.

Französischen
Unterricht für Anfänger. Sehr gründlich, leicht verständlich, billig. Anmeld. 7—8 Uhr abends. Unterricht 8—10 Uhr abds. **Hoffmann,** Müllerst. 49, II links.

15—20 Mk.
tägl. Verd. Näh. kostenlos. G. Höhlke, Howawes, Lindenstraße 8.

Wagenfett
in Eimern
von 12½ kg wieder auf Lager.
C. Schmidt
Rüstringen,
Eisenbahnstraße 17.
Fernsprecher Nr. 1.

Für
Ein- und Zweifamilienhäuser
habe ich mehrere zahlungsfähige Liebhaber und bitte um Verkaufsaufträge.
Auktionator **Witte,**
Marktstraße 63, I.

Schleifarbeiten!!!
Sämtliche Schleifarbeiten werden wieder in kürzester Zeit erledigt. — Aufpolieren von Bestecken, Messern usw. in bester Ausführung.
Solinger Stahlwarenhaus
Marktstr. 40. Fernspr. 272.
Kammerjäger.

Tanzunterricht!
Privat-Unterricht zu jeder Zeit in meinem Institut, Börsenstraße 118 (Haltestelle der Straßenbahn Banter Rathaus).
Fr. Klemmsen
Mitgl. d. V. T. V.

Tanzunterricht.
Privatunterricht zu jeder Zeit in meiner Privat-Akademie Börsenstr. 78, Tel. 841.
Fr. Ballettmstr. Schulz.

Das große Traumbuch
nach alten ägyptischen und arabischen Urkunden nur Mk. 1.70, Nachn. Mk. 2.—, dazu grat. 36 Wahrsagekarten mit Beschreibung.
Universal-Verlag 35
Berlin W. 15.

Haarnetze billiger!
Große Haubennetze aus echtem Menschenhaar, St. Mk. 1.40, bei 3 St. Mk. 1.35. Wiederverkäufer Rabatt!
Drogen-Meyer
1. Gesch. Drogerie u. Parfumerie, Marktstr. 18.
2. Gesch. Spezialgesch. für photogr. Bedarf.
3. Gesch. Drog. Ed. Homberg Nachf., Marktstr. 46.

Altes Silber
kauft zu hohen Preisen
Heinr. Müller
Juwelier,
Ecke Roon- u. Friedrichstraße.

Geld gegen monatliche Rückzahl. verleiht R. Calderarow, Hamburg 6.

Theater Burg Hohenzollern.
Gastspiel v. Frl. Emmy Sturm vom Künstler-Theater in Mannheim
Hannerl
Singspiel in 3 Akten.
Fortsetzung von Dreimäderlhaus.
Vorverkauf v. 10 bis 1 u. von nachm. 5 Uhr an. Theaterfernspr. Nr. 27.

Neumarkt und in den vorderen Räumen der „Burg Hohenzollern" jeden Abend:
Künstler-Konzert.

Bettnässer
erhalten Auskunft umsonst bei Alters- und Geschlechtsangabe.
Sanis-Versand München 260

Auskunft umsonst bei
Schwerhörigkeit
Ohrgeräusch, nerv. Ohrschmerzen. Glänz. Anerkennungen.
Sanis-Versand München 559b.

Für Händler
offeriere ich prima
Taschenlampen
-Batterien
in Postpaketen Mk. 30.- franko Nachnahme.
M. Albrecht
Varel i. Oldbg.

Elisenlust
Gemütl. Weinstube.
Gute Küche.
Es ladet ein
P. Pfeiffer.

Bettnässen. Erfolgr. Befreiung. Alter u. Geschlecht angeb. Auskunft umsonst.
Sanitäts-Depôt Halle a. S. 253.

Wer leiht auf ca. 14 Tage **gute Schreibmaschine,** möglichst „Ideal", gegen Sicherh.? Zuschr. u. **L K 33** an die Geschäftsst. d. Bl.

Gummistempel
jeglicher Art
fertigt billig und schnellstens an die Buchdruckerei des
Wilhelmshav. Tageblattes
Th. Süss
Kronprinzenstrasse 22.

Kursus der Tanzkunst und Anstandslehre
Privat-Akademie Börsenstr. 78.
— Telephon 841. —
Der Kursus für Damen und Herren beginnt am Montag, den 3. Februar, abends 8 Uhr. Gefl. Anmeldungen erbeten Börsenstraße 78.
Frau Ballettmeister Schulz.

Am Mittwoch, den 29. 1. d. Js. nachmittags von 2 Uhr an
versteigere ich im Automaten-Restaurant Marktstraße 23 folgende Gegenstände öffentlich meistbietend gegen Barzahlung:
1 National-Registrierkasse,
1 große Aufschnittmaschine,
1 kleine Aufschnittmaschine,
1 Windfang,
1 Fahrstuhl,
1 eiserne Bettstelle mit Matratze, 1 Gitarre-Zither mit Unterlegnoten, 1 Marmorplatte, Tischplatten mit Böcken, Gardinen, Läufer, Ebbeflecke, 1 Posten Friedensstärke, Kochtöpfe, Waschhalter, 1 Küchenschrank, 1 Kleiderschrank, 1 doppeltes Kinderschreibpult mit 2 Stühlen, 1 Kinderstühlen, 1 Holländer, Kaffeekannen, Milchtöpfe, elektr. Vogellampen, sonstige Beleuchtungsgegenstände, Emailleschalen, Messingstangen, 1 Mess'-Wärmflasche, feldgr. Rock und div. Hose als Zivilanzug geändert, verschiedene Hüte, 1 Paar Damenstiefel Gr. 41, 1 schwarzes Herrenjackett und viele andere hier nicht benannte Gegenstände.
Die Auktion beginnt pünktlich 2 Uhr. Kleingeld ist mitzubringen.
Auktionator Witte,
Marktstraße 63, I.

Erklärung.
Es wird hiermit zur Kenntnis gebracht, daß das Vorstandsmitglied des 21-Rates
Joseph Schneider
nicht identisch ist mit dem Unterzeichner der Flugblätter des revolutionären Komitees, dem Kommunisten
Ernst Schneider.
21er-Rat. gez.: Ramsauer.

Ich erkläre hiermit, daß ich nicht der kommunistischen Partei angehöre, sondern Sozialist bin.
Joseph Schneider.
21er-Rat.

Zeitungsträgerinnen
für den Stadtteil Altheppens, Mühlenweg und Kasernen sofort gesucht. Nur durchaus zuverlässige Frauen mögen sich melden.
Th. Süß,
Wilhelmshavener Tageblatt.

Alten, Papier- u. Pappenabfälle, alte Bücher aller Art, Zeitungen wie auch alle and. Papierabfälle kaufe laufend.
H. Baumann, Rüstringen II,
Einigungsstraße 37 und Lilienburgstraße 13, Telephon 938.

Hansen & Gowers
Schiffahrtsvertreter
Regelmässige Dampfer-Verbindung von und nach allen deutschen und neutralen Hafenplätzen.
Ununterbrochene Güterannahme städtisches Lagerhaus.
Schiffsausrüstung.
Schiffsverkäufe. Schiffsneubauten.
Wilhelmshaven,
Kaiserstraße 25 und Roonstraße 164.
Fernsprecher 1163 und 1281.

Bier- und Weinrestaurant Franziskaner
Von 12 bis 3 Uhr täglich:
Mittagstisch
Von 6 Uhr abends an **reichhaltige Abendkarte** der Zeit entsprechend.
Vorzügl. naturreine Weine
Ausschank vom Faß.

Mit dem 1. Januar 1919 haben wir der
Geschäftsstelle d. Hausbesitzer für Wilhelmshaven-Rüstringen
(verw. altet von der Hausbesitzerbank)
die Generalvertretung unserer Versicherungsgesellschaft übertragen. Gestützt auf unsere mit den Hausbesitzervereinen zu Wilhelmshaven und Rüstringen seit ca. 15 Jahren bestehenden Verträge sind wir in der Lage, zu den günstigsten Bedingungen Versicherungsverträge aller Art abzuschließen und bitten wir, sich vorkommenden Falles an unsere Generalvertretung wenden zu wollen.

„Securitas"
Versich.-Aktien-Gesellschaft in Bremen
Bezirksdirektion Hannover.

Bezugnehmend auf vorstehende Anzeige, empfehlen wir uns der Bürgerschaft von Wilhelmshaven und Rüstringen zum Abschluß jeder gewünschten Versicherung. Auf entsprechende Anfragen sieht unser Außenbeamter, Herr Privatier G. Schmidt, jederzeit mit gewünschter Auskunft gern zur Verfügung.

Geschäftsstelle d. Hausbesitzer für Wilhelmshaven-Rüstringen
— (verwaltet von der Hausbesitzerbank) —
Prinz-Heinrich-Strasse 7, Fernruf 11.

Spar- und Unterstützungsklub Adria

Einladung
zu dem am **1. Februar 1919** in sämtl. Räumen des „Schützenhofes", Rüstringen, stattfindenden
Maskenball
Zwei Kapellen (Blas- und Streichmusik). — Anfang 8.59 Uhr, Ende, wenn 3 alle ist. — **Karten** sind bei sämtlichen Mitgliedern und im „Schützenhof" zu haben.
Das Komitee.

Ein ausführl. Wegweiser für jeden, der sich im interessanten Detektivberufe der Gegenwart ausbilden will. Der Berufsdetektiv findet in diesem Buche ebenso viel Neues, Spannendes, Wertvolles, wie der Liebhaberdetektiv, der von Zeit zu Zeit einmal Gelegenheit nimmt, verschwiegenen Verhältnissen nachzuspüren, geheimen Zusammenhängen, Tätigkeiten usw. auf den Grund zu kommen. — Bildungsgang des Detektivs. — **Besondere Detektivkünste.** — Tricks großer und kleiner Diebe. — **Sie selbst** können schon morgen in der Lage sein, sich vor Schaden, Übervorteilung, Lug und Trug hüten zu müssen. Berühmte Detektive, die heute ein märchenhaft hohes Einkommen haben, mußten mit kleinem, persönlichen Aufgaben beginnen. Der Detektivberuf hat eine ungeahnte Zukunft, große Verdienstmöglichkeiten. Das Buch wird Talente wecken! M. 2,75 portofrei
Rudolphs Verlag, Dresden-D. 501.

Heilanstalt
für chirurg. und mechan. Orthopädie
zur Behandlung von
Gehstörungen (Hüft-, Knie- und Fußleiden), **Ischias u. rheumatische Erkrankungen, Lähmungen und Verkrümmungen**
von **Dr. W. Becker u. Dr. E. Papendieck**
Spezialärzte f. Erkrankungen an Rücken u. Gliedmaßen
Bremen, Contrescarpe 149. Fernruf: Roland 1218.

Wir empfehlen unsere
feuer- und einbruchssichere
Stahlkammer
zur Aufbewahrung von
Wertpapieren jeglicher Art
in versiegelten Paketen, Koffern oder in den unter eigenem Verschluß des Mieters stehenden
Schrankfächern.
Deutsche Nationalbank
Kommanditgesellschaft auf Aktien
Zweigniederlassung Wilhelmshaven
Bismarckstraße 62.

Verlag u. Schriftleitung und Druck von Th. Süß, Wilhelmshaven, Kronprinzenstraße 22.

Landesbibliothek Oldenburg